

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 122

SONNTAG, 13. Okt. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Der Sinn der Sanktionen
Das Kirchendiktat
Kriegsfurcht in Deutschland
Neue Terrorwelle

Deutschland unter brauner Blockade!

Der Bankrott des nationalsozialistischen Plans

Die größte amerikanische Telegraphenagentur »United Press« meldete am 2. Oktober aus Berlin:

Heute vormittag war in Berlin eine noch nie dagewesene Fettknappheit festzustellen. Die Berliner Hausfrauen, die ausgegangen waren, um Butter und andere Fettwaren einzukaufen, mußten unverrichteter Dinge zurückkehren. Wer nicht durch besondere Beziehungen sich ein Viertelpfund Butter hatte zurücklegen lassen, ging leer aus. Einige Geschäfte hatten schon am frühen Morgen ein Schild mit der Aufschrift angebracht: »Butter ausverkauft!«; Inhaber anderer Geschäfte erklärten, daß es vor 5 Uhr nachmittags keine Butter geben werde.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung interessant, wie erfinderische Ladeninhaber das »Wucherverbot« zu umgehen verstehen. Sie verkauften zu normalen Preisen, gaben aber nur dann Butter ab, wenn der Kunde gleichzeitig andere Waren einkaufte.

Die Butterknappheit hat in den verantwortlichen Stellen nicht wenig Kopfschmerzen verursacht. Die Verstimmung in den führenden Regierungskreisen richtet sich in erster Linie gegen den Ernährungsminister Darré, der sich bei seinem Ernährungsplan vollkommen verrechnet habe.

Der Darré aber weiß sich zu helfen; er hat die beiden Direktoren Holzmann und Hasselbach der Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse (Fleischversorgung) mit sofortiger Wirkung ihrer Ämter enthoben. Was die Direktoren verbrechen, müssen ihre Werkzeuge, die »Speze« nennt man sie in Rußland, büßen...

Deutschland ist heute das einzige Land in Europa, in dem akute Lebensmittelknappheit herrscht. Im Frühjahr begann es mit Gemüse und Obst, die teilweise fehlten oder wie die Frühkartoffeln unerschwinglich teuer wurden. Im Sommer setzte es sich fort mit Eiern und Fleisch. Seit September herrscht in den Verbrauchszentren akuter Mangel an Schweinefleisch, Margarine, Schmalz und Butter.

»Sind wir denn der Herrgott, der die Sonne scheinen läßt? Und regieren wir auch über den Himmel, der die Ernte macht?« So fragt Göbbels die auf dem Thingplatzgelände in Halle Versammelten. Aber in den 14 Jahren der Schmach waltete doch auch derselbe Herrgott; er machte bessere und schlechtere Ernten. Nur daß er damals noch nicht den Hitler gesandt hatte. Hängt es vielleicht doch nicht gerade damit zusammen, daß es in den 14 Jahren der Schmach keine Butterknappheit gab, daß Margarine stets zur Verfügung stand und kaum ein Drittel des heutigen Preises bedang, daß amerikanisches Schweineschmalz infolge seiner Billigkeit auch den Aermsten erreichbar war?

Dem Göbbels hats die Red' verschlagen. Von den Schmachjahren wird plötzlich nicht mehr gesprochen. Wenn der Ley erzählt, der Lohn sei nicht so wichtig, die Ehre sei die Hauptsache, was kümmert dann den nicht minder heroischen Göbbels der bißchen Fett- und Fleischmangel?

»Kann man uns verdenken, daß wir lieber einmal für 14 Tage oder drei Wochen eine immerhin noch erträgliche Butterknappheit in Kauf nehmen, um die dadurch gesparten Devisen für die Rohstoff-

beitsbeschaffung freigemacht worden. Sel das nicht eine Leistung?«

Ach nein! Bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, konnten die Lebensmittel in jeder erforderlichen Menge eingeführt und reibungslos aus dem deutschen Ausfuhrüberschuß bezahlt werden. Die Mindereinfuhr, die die Nationalsozialisten durch ihren verückten Protektionismus herbeiführten, hat keine einzige Mark für Arbeitsbeschaffung freigesetzt.

Im Gegenteil! Die Absperrung der Einfuhr verhinderten die betroffenen Länder, deutsche Industrieprodukte zu kaufen. Die Nationalsozialisten haben bewirkt, daß die deutsche Ausfuhr von ihrem Höhepunkt von 12 Milliarden heruntergegangen, daß der deutsche Exportüberschuß und damit die freien Devisen verschwunden sind, daß die Arbeitslosigkeit in dem für den Export arbeitenden Teil der Wirtschaft vermehrt worden ist. Dadurch, daß sie die Arbeitslosen zum Teil für die Rüstungsindustrie verwenden, schaffen sie Produkte, die zur Ausfuhr unverwendbar sind, während der Einfuhrbedarf bleibt, für den sie keine Devisen haben, da sie sie für die Kriegarohstoffe reservieren.

Dazu kommt aber das blödsinnige Experiment, das der Darré mit der deut-

beitsbeschaffung freigemacht worden. Sel das nicht eine Leistung?«

Ach nein! Bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, konnten die Lebensmittel in jeder erforderlichen Menge eingeführt und reibungslos aus dem deutschen Ausfuhrüberschuß bezahlt werden. Die Mindereinfuhr, die die Nationalsozialisten durch ihren verückten Protektionismus herbeiführten, hat keine einzige Mark für Arbeitsbeschaffung freigesetzt.

Im Gegenteil! Die Absperrung der Einfuhr verhinderten die betroffenen Länder, deutsche Industrieprodukte zu kaufen. Die Nationalsozialisten haben bewirkt, daß die deutsche Ausfuhr von ihrem Höhepunkt von 12 Milliarden heruntergegangen, daß der deutsche Exportüberschuß und damit die freien Devisen verschwunden sind, daß die Arbeitslosigkeit in dem für den Export arbeitenden Teil der Wirtschaft vermehrt worden ist. Dadurch, daß sie die Arbeitslosen zum Teil für die Rüstungsindustrie verwenden, schaffen sie Produkte, die zur Ausfuhr unverwendbar sind, während der Einfuhrbedarf bleibt, für den sie keine Devisen haben, da sie sie für die Kriegarohstoffe reservieren.

Dazu kommt aber das blödsinnige Experiment, das der Darré mit der deut-

Kriegsfurcht in Deutschland

Aus dem Rheinland wird uns berichtet:

»In der ganzen Bevölkerung herrscht ausgesprochene Angst vor einem neuen Kriege. Die Ereignisse in Abessinien werden mit großer Besorgnis betrachtet. Die allgemeine Stimmung ist gegen die Italiener, man wünscht ihnen eine gehörige Schlappe, und der Völkerbund hat mehr Sympathien bei der Bevölkerung als dem System lieb ist. Aber wichtiger ist, daß jeder sich besorgt fragt: Was wird aus uns?«

Das Kriegsgespräch ist wieder da, es reißt nicht ab. Die fieberhaften Rüstungen nähren es. Es gibt Leute, die auf den Krieg hoffen, weil sie glauben, Deutschland könne bei seinem heutigen Rüstungsstand die Welt erobern — viele aber fürchten, daß bei einem neuen Kriege Deutschland von der Landkarte verschwinden werde. Das Volk spürt die Doppelzüngigkeit des Systems, die Zweideutigkeit seiner Erklärungen. Es gibt nichts auf die Friedensreden. Es traut dem System alles zu: Angriff auf Oesterreich, Auseinandersetzung mit Frankreich und Italien, aber auch wieder ein Zusammengehen mit Mussolini. Das Fehlen einer freien Presse

bat die Bevölkerung vollständig unsicher und directionslos gemacht. Das deutsche Volk ist nicht so einheitlich auf einen Krieg vorbereitet wie das 1914 der Fall war. Die geistige Zerrissenheit ist ungeheuer und schon jetzt wird eifrig darüber diskutiert, daß das Volk den Krieg seelisch nicht wieder so lange ertragen werde. Die Kriegsteilnehmer 1914—1918 stehen noch zu voll im Leben und lassen eine ungehemmte Kriegsbegeisterung nicht zu. Dazu ist jetzt schon an allen Ecken und Kanten großer Mangel und seelische und geistige Unzufriedenheit.

SA und SS bemühen sich, der Bevölkerung einzureden, daß der abessinische Konflikt keine Gefahr für Deutschland bedeute, sondern nur die Aussicht auf gute Geschäfte durch Kriegslieferungen. In den Kreisen des Bürgertums aber ist man kritischer und sorgenvoller. Man sagt offen: wie dieser Konflikt auslaufen wird, es wird nichts Gutes für uns dabei herauskommen. Die NSDAP schiebt das Kolonialproblem in den Vordergrund. Sie hält allenthalben Vorträge über Deutschlands Recht auf Kolonien ab, vor allem auch in der Arbeitsfront. Dabei wird die Stelle aus der Rede von Sir

Samuel Hoare geschickt benutzt, daß Italien ein Recht auf Expansion habe. Auch Deutschland habe ein Recht auf einen größeren Lebensraum. Es müsse sich ausdehnen, um sein anwachsendes Volk künftig besser ernähren und beschäftigen zu können. Dazu brauche es ein starkes Heer. Des Führers Friedensabsicht schließt die Kriegsbereitschaft nicht aus. Bei einigen dieser Vorträge in der Arbeitsfront wurden Anfragen gestattet. Es kam zu Fragen, die den Vortragenden sehr peinlich waren, und die sie mit Ausflüchten beantworteten. So wurde gefragt, warum Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten sei, wenn es seine Ziele nur auf friedlichem Wege erreichen wolle? Andere wollten Aufklärung über schreiende Widersprüche in den Ausführungen der nationalsozialistischen Redner, so über die Korridorfrage und das Verhältnis zu Polen. Schließlich wurde gefragt, wie sich die Kolonialpropaganda mit Rosenbergs Ostplänen verträglich ließe.

Wichtig ist, daß das Volk selbst den Eindruck hat, daß die offiziellen Stellen verhindern wollen, daß Hitlers oft wiederholte Friedensbeteuerungen eine pazifistische Haltung erzeugen. Deutlich ist das Bemühen der Zeitungen und der Rodner, kriegerischen Geist hervorzurufen.

In sozialdemokratischen Kreisen hofft man, daß der italienische Faschismus sich über Abessinien den Hals brechen werde. Man freut sich, daß die englische Arbeiterpartei einen festen Standpunkt eingenommen hat. Wenn der Völkerbund Italien eine gründliche Niederlage beibringe, dann erleide gleichzeitig der Hitlerfaschismus eine gewaltige Schlappe. Die Welt müsse durch harte Maßnahmen den gewalttätigen Charakter des Faschismus brechen. Auch der Hitlerfaschismus steuert auf den Krieg los. Noch redet er vom Frieden, weil er noch nicht völlig bereit zum Kriege ist. Feste Entschlossenheit der demokratischen Länder kann eine günstige Wendung zur Demokratie und zum Frieden bringen.

Das System fürchtet die Sozialdemokratie

Neue Terrorwelle in Westdeutschland

Aus Westdeutschland wird uns berichtet:

Seit Monaten geht eine unheimliche Terrorwelle durch das Land. Es handelt sich um eine bewußt und gewollt von der Regierung eingesetzte Verfolgung der Antifaschisten. Wir müssen feststellen, daß die Aktion, nach außen absichtlich abgedeckt, in viel größerem Maße gegen die Sozialdemokraten durchgeführt wird, als gegen Juden, Katholiken, Stahlhelm und Kommunisten. Zu

vielen Hunderten sind Sozialdemokraten vom Rhein bis Hannover und von Hamburg bis Bielefeld in die Gefängnisse geschleppt worden. Die Behandlung ist unterschiedlich, aber vielfach von blutigem Terror begleitet. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um wahllose Verhaftungen, in den wenigsten Fällen um die Aushebung illegaler Organisationsgruppen. Eine strenge Ueberwachung der Sozialdemokraten wird in vielen Orten des Westens durchgeführt.

schen Agrarwirtschaft getroffen hat. Er hat den wichtigsten Rohstoff der bäuerlichen Veredlungswirtschaft — die Futtermittel — künstlich verknappt und verteuert. Er hat, was früher die wildesten Agrarier nicht gewagt hatten, sogar die Zufuhr der eiweißhaltigen Futtermittel — Oelkuchen usw. — gedrosselt. Er hat die Produktionskosten der bäuerlichen Betriebe künstlich erhöht zur gleichen Zeit, wo der Lohndruck die Konsumkraft der städtischen Massen immer mehr herabgesetzt hat.

Nicht der Herrgott, nicht die Sonne, nicht die Witterung haben die deutsche Lebensmittelknappheit erzeugt, sondern die Agrarpolitik der Diktatur, der vor jeder Kritik und jeder — so dringend notwendig — Befehls geschützte Unverständnis der Unbelehrbaren! In den vorübergehenden Störungen offenbart sich nur der Bankrott der mit so ungeheuren Tamtam angepriesenen Erzeugungsschlachten, der Zusammenbruch der verrückten Autarkiebestrebungen, der Wahnsinn der ganzen nationalsozialistischen »Planwirtschaft«.

Die Zwangswirtschaft, die mit ungeheuren, freilich stets verheimlichten Kosten für die bürokratische Organisation belastet ist, die durch Verlängerung der Absatzwege, durch künstliche Vermehrung der Operationen, denen jedes Produkt unterworfen ist, durch willkürliche Preisfestsetzungen immer neue Wirtschaftsstörungen hervorruft, stößt auf stets stärkeren Widerstand der Bauern, lähmt ihren Produktionswillen und bringt auch auf diesem Wirtschaftsgebiet trotz aller kostspieligen Subventionen geringeren Ertrag bei steigenden Kosten. Aber noch ist keine Änderung in Sicht und der Diktatur, die den Bauern das Blaue vom Himmel versprochen, ist auch eine Umkehr kaum möglich. So verfallen denn die durch die Lebensmittelstörungen, die sich nicht totschweigen lassen, beunruhigten Diktatoren auf alle möglichen Palliativmittel.

Es wird versprochen, mehr Devisen für die Butter-, Fett- und Schweinefleischzufuhr zu stellen, also erhöhte Einfuhr im dritten Jahr der Autarkie! Aber woher nehmen, wenn das Stehlen immer schwerer wird? Die holländischen Exporteure, denen auch Italien lockende Angebote macht, verspüren geringe Lust, nach Deutschland zu liefern, um, wenn überhaupt, erst nach sechs Monaten bezahlt zu werden. Und Devisen fehlen ja nicht nur für Lebensmittel! In der Lederwirtschaft und sogar in der Metallwirtschaft sind eben neue Einschränkungen dekretiert worden. Kein Wunder, daß die Ankündigungen vermehrter Einfuhren in Deutschland auf das äußerste Mißtrauen stoßen, und daß der Schleichhandel rasch zunimmt. Die neue Ernte aber ist offenbar ziemlich schlecht und namentlich die Futtermittel werden mangeln. Das bedeutet aber, daß die Schlachtungen eher ein beschleunigtes Tempo annehmen werden. Die neueste Zwangsmaßnahme, die die Schweineschlachtungen um 20 Prozent herabsetzt, kann, falls sie sich als durchführbar erweisen sollte, die Fleischknappheit für die Gegenwart nur vermehren, ohne die Aufzucht in der Zukunft zu sichern. Kurz, die kleinen Behelfe können nichts ändern. Immer schlechtere Versorgung, immer weitere Herabdrückung der ganzen Lebenshaltung bleibt die notwendige Folge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik!

Dr. Richard Kern.

Im tiefsten Frieden

Also sprach Hitler in Bückeburg: »Wir brauchen keinen Krieg, um unsere inneren Schwierigkeiten zuzudecken. In tiefstem Frieden liegt Deutschland.«

Da erschien eine Reichswehrabteilung und zerstörte zur Belustigung der Zuschauer mit Artilleriefire, Fliegerbomben und Tanks eine Dorftrappe.

Will man noch weitere Illustrationen zu dem Worte vom tiefsten Frieden in Deutschland? Hier sind sie:

Manöverbericht aus dem »Berliner Tageblatt«: »Angriff aus den Wolken. Bei schwerstem Wetter gelang ein Fliegerüberfall auf Warnemünde... Theoretisch existieren wir nicht mehr, das war mit einem kurzen Wort das Fazit... vier Staffeln fegten in geringer Höhe über den Hafen und den Flugplatz... ihre Bomben mußten sitzen... theoretisch sind wir alle tot... es waren furchterregende Augenblicke...«

»Zum erstenmal am Maschinengewehr steht unter einem Bild in der »Münchener Illustrierten Presse«, auf dem man kleine Hitlerjungen mit diesem sich so

Der Sinn der Sanktionen

Deutschland und der abessinische Krieg

Die Beschlüsse des Völkerbundes waren nicht mehr zweifelhaft, seitdem die englische Regierung sich entschlossen hat, ihre ganze Macht gegen das Mussolinische Kriegsverbrechen in die Waagschale zu werfen. Zweifelhaft bleibt, welche zwingenden Taten den Beschlüssen nachfolgen werden. Bleiben diese Taten schwach und wirkungslos, zwingen sie Mussolini nicht den Willen des Völkerbundes auf, so wird nicht nur die Existenz des Völkerbundes, sondern auch der Frieden in Europa aufs schwerste geschädigt sein.

Dennoch ist ein großes Ergebnis heute schon erreicht. Es hat sich in den Völkern eine Front des Friedenswillens und des internationalen Rechtsgedankens gebildet, die sich stark und entschlossen dem Treiben der Machtstaatspolitik entgegenstellt. Diese Mobilisierung im Geistigen kann selbst durch ein Zögern des Völkerbundes nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Bei allem, was die gegenwärtigen Regierungen der großen demokratischen Mächte unternehmen, müssen sie um Deckung durch das wachgewordene Rechtsgefühl ihrer Völker besorgt sein. Was immer auch die Motive sein mögen, die die konservative englische Regierung vorwärts-treiben, Machtbehauptung des englischen Imperialismus, Verteidigung eigener imperialistischer Interessen — auch diese Regierung kann den Boden des Völkerbundes nicht mehr verlassen, ohne die Deckung durch die breite Front des Willens zu Frieden und Recht zu verlieren.

Die klare Scheidung zwischen Rechts-politik und Machtpolitik ist ins Bewußtsein der Völker getreten. Sie sehen in Mus-

solini den Vertreter einer brutalen Machtpolitik, die vor keiner Vergewaltigung eines Schwächeren zurückschreckt... Aber bedarf es erst des Kriegsausbruchs, um das wahre Wesen der Machtpolitik zu enthüllen? Ist die Kriegsvorbereitung in Deutschland weniger systematisch oder weniger offen als im faschistischen Italien?

Die Haltung der Hitlerregierung im Konflikt zwischen Mussolini und dem Völkerbund ist Ausfluß typischer Machtpolitik. Ihr Ziel ist nicht Erhaltung des Friedens, Schutz des Rechts, Verteidigung einer internationalen Friedensorganisation, sondern lediglich Stärkung der Macht des braunen Systems. Sie sucht Nutzen aus der europäischen Verwirrung zu ziehen — so wie Mussolini von 1933 an Nutzen aus der Schwäche und der Zersplitterung der demokratischen Mächte gezogen hat. Hitler möchte in die Rolle des europäischen Schiedsrichters hineingleiten, die die kurz-sichtige englische Politik Mussolini zugeschoben hatte. Jede Politik, die den europäischen Faschismus nicht als Ganzes begreift, die den einen faschistischen Diktator gegen den anderen auszuspielen sucht, wird am Ende nur die Ziele der brutalen Machtpolitik fördern!

Wenn der Völkerbund Deutschland zur Teilnahme an Sanktionen gegen Mussolini auffordern wird, so wird er ein gleiches Kartenhaus aufbauen wie es die sogenannte Front von Stresa gewesen ist. Hitlerdeutschland in der Front der Friedensmächte, mit Wohlwollen angesehen, am Ende gar noch durch Anleihen gestützt — das würde die Abwehr-front gegen das faschistische Kriegsver-

brechen unheilvoll kompromittieren, es wäre eine Farce, ein Schlag ins Gesicht der geistigen Antikriegsfront, die heute die französische und die englische Regierung bei ihrem Vorgehen gegen Mussolini deckt.

Seit Juni ist eine unverkennbare Entspannung zwischen Hitlerdeutschland und dem faschistischen Italien eingetreten. Es haben Besprechungen stattgefunden, deren Ergebnisse öffentlich nie voll bekannt geworden sind. Hitler hat deutlich genug ausgesprochen, daß er mit der abessinischen Frage nicht behelligt werden möchte — und das richtet sich stärker an die Adresse des Völkerbundes als an die Adresse Mussolinis. Seit den letzten Ereignissen haben sich deutsche Transporte nach Italien — namentlich von Kohlen und Erz — vervielfacht. Die »wohlwollende Neutralität« des braunen gegenüber dem schwarzen Faschismus wird bereits in die Tat umgesetzt.

Wenn aus dem gefährlichen Konflikt, der nun durchgekämpft werden muß, eine wirkliche Entspannung hervorgehen soll, so darf nicht verdunkelt werden, daß Hitler und Mussolini gleichermaßen Feinde des Rechts und des Friedens sind. Die englische Politik hat ihre Lehre dahin. Sie hat Mussolini solange gefördert, bis er sich stark genug glaubte, sein Abenteuer zu beginnen. Wenn sie heute dieses Wohlwollen von Mussolini auf Hitler übertragen wollte, so würden die Folgen bald sichtbar werden, und ganz Europa hätte sie auszubaden. Wenn die Sanktionen gegen Mussolini nicht vom Abwehrwillen gegen den kriegslüsternden Faschismus jeglicher Couleur getragen sind, so werden sie ihren Sinn verlieren!

besonders als Kinderspielzeug eignenden Instrumente hantieren sieht: »wie leuchteten die Augen der Pflümpe vor Neugier und Erleben, als sie sich hinter ein richtiges Maschinengewehr klemmen durften.«

Aus einem Interview mit dem Münchner Staatsschauspieler Hellmuth Renar in der Monatschrift »Die schöne Frau« (Augustheft): »Der Grundzug seines Wesens ist soldatisch. Ich war aktiver Offizier. Davon geht alles aus.«

»Soldat und Sportsmann haben ein gemeinsames Ideal: den Kampf. (Generalmajor von Reichenau in der »Berliner Illustrierten Zeitung«.)

Das Rezept

Als Hitler in Bückeburg über die Krise sprach, jammerte er in wehleidig anklagendem Tone: die vor ihm hätten vergessen, ihm das Rezept zu hinterlassen, wie man diese Krise behebt.

Das Rezept? Hat nicht die gesamte Hitleragitation vor 1933 auf der Behauptung beruht, Hitler habe das große Rezept, den Stein der Weisen in der Tasche? Als im Jahre 1931 im sächsischen Landtag gefordert wurde: heraus mit eurem Rezept — da rief der Naziabgeordnete Studentowski: »Unser Rezept verraten wir nicht! Das könnte euch so passen, unser Rezept zu stehlen!«

Wir sind nicht so monopolistisch wie die Nazis: das Rezept für die Behebung der deutschen Krise ist ganz einfach: wenn Hitler und seine Bande verschwindet, die Freiheit wiederkehrt und verständige Politik gemacht wird, dann hören die Schlangen vor den Butterläden auf und dem deutschen Volke wird es wieder besser gehen!

Wo bleiben die Ausführungsbestimmungen?

Die Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Judengesetzen sind immer noch nicht veröffentlicht. Auf den Kuhhandel bei ihrer Annahme durch den sogenannten Reichstag folgt der Kuhhandel hinter den Kulissen um ihre Ausführung. Auf dem Paradedepartement die große renommierte Geste, hinterher aber die peinliche Suche nach dem Kompromiß. Heute ist klar: was dieser sogenannte Reichstag beschließt, hat nichts zu besagen. Die wirklichen Gesetze werden anderswo gemacht. Was Hitler will, ist in der Praxis ebenfalls noch nicht Gesetz, wenn es Hitlers Koalitionsgenossen nicht paßt. Das braune System ist eine braune Anarchie.

Das gleiche gilt für die Ausführungsbestimmungen zum Reichsbürgergesetz und zum Flaggengesetz. Es hat sich eine erhebliche Opposition dagegen aus den Reihen seiner Koalitionspartner erhoben, und Hitler hat

bisher nicht gewagt, die Kraftgesten von Nürnberg in die Praxis umzusetzen. Das Wort vom Parteibefehl über den Staat ist verhallt und es bleibt die Frage: Wer befiehlt nun wirklich, und wem?

Beisetzung Hermann Liebmanns

Hermann Liebmann ist am 6. September gestorben. In der Zeitung erschien nur eine Todesanzeige: H. L., geb. 1882, gest. 6. IX. 1935. Alles andere hatte die Polizei verboten. Selbst im amtlichen Bericht hatte sie Datum und Ort der Beisetzung vom Drucker ausstechen lassen. Im Krematorium fehlte in der Orientierungstafel jeder Hinweis. Trotzdem hatten sich 1500 Leidtragende eingefunden, und die Elnäherung Hermann Liebmanns wurde zu einer eindrucksvollen sozialdemokratischen Kundgebung. Zwar wurde der Redner verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese Kundgebung hat die verantwortlichen Polizeimenschen sehr verstimmt, denn bei der Beisetzung der Asche rollte plötzlich ein großes Polizeikommando an, obwohl diese Feier nur im engsten Familienkreis stattfand.

Wo kauft Göbbels Butter?

Der Deutsche Rundfunk hat mitgeteilt, daß eine Frau verhaftet worden ist. Sie hat das Verbrechen begangen, ein Kilo Butter in acht Viertelpfunden zu hamstern. Göbbels hat dem deutschen Volke, das so verarmen ist, Butter essen zu wollen, gehörig den Marsch geblasen.

Die Frau von Göbbels hat kürzlich wieder ein Kind bekommen. Der Haushalt besteht aus ihm, aus ihr, drei Kindern von ihm, einem Kind der Frau aus erster Ehe, und dem zugehörigen Dienstpersonal. Frage: Kommt die Familie mit einem Viertelpfund Butter aus? Natürlich nicht! Andere Frage: Wo kauft Göbbels Butter?

Der Göbbels ist Selbstversorger, seine Frau ist Gutsbesitzerin, sie hat großagrarische Verwandte in Mecklenburg. Für die Familie Göbbels ist die Butterversorgung kein Problem. Man kennt das aus den entsetzlichen Hungerjahren im Weltkrieg. Die Prediger des Durchhaltens aßen ihre Butter, und das durchhaltende Volk die Kohlrüben.

Wenn abgehärmte Frauen in Berlin von Laden zu Laden laufen, um Butter zu kaufen, daß sie dabei ohnmächtig zusammenbrechen, so ist das ein Verbrechen. Wenn die Hitler, Göring, Göbbels und Genossen, die Leute mit den geschenkten Gütern und Domänen, in Hülle und Fülle leben, so ist das Volksgemeinschaft.

Und zur Volksgemeinschaft gehört auch, daß die Selbstversorger am Rundfunk sitzen und die Armen beschimpfen — wegen Hamstern! Wollen die Herren nicht demnächst am Rundfunk mitteln, wo sie alle ihre Butter kaufen, und wieviel?

Arbeitsfront-Empfänger

Als letzte »Aufbautat der DAF« wird »Der Arbeitsfront-Empfänger« gefeiert. Nach vielen Versuchen soll endlich der Betriebsfunk durchgeführt werden. Nach Aufstellung der Richtlinien »wurden sämtliche auf dem Markt befindlichen und für den Betriebsempfang verwandten und angebotenen Apparate der deutschen Rundfunkindustrie durchgeprüft. Das Ergebnis: »nicht ein einziger Empfänger erfüllte die Bedingungen«. Nun ist ein neuer Empfänger geschaffen worden, der unbegrenzte Möglichkeiten gibt, im Arbeitsraum, im Fabrikhof, in der Mittagspause den Nachrichtendienst der Nazis an die Belegschaften heranzutragen. Zum Empfänger gehört der Lautsprecher: »der Betriebsführer kann über die Anlage zu seiner gesamten Gefolgschaft sprechen, der Betriebszellenobmann zu seinen Arbeitskameraden. Es können mit Hilfe der Anlage Betriebsappelle abgehalten werden.«

Wir fügen den geschilderten »Vorzüge« des Arbeitsfront-Empfängers hinzu: Er schont die Gefolgschaft, auch nur ein Wort der Wahrheit aus dem Ausland zu hören. Der Deutsche Nahrungsmittelarbeiter schreibt zusammenfassend begeistert: »Wie konnte man doch früher nur ohne den Lautsprecher am Arbeitsplatz auskommen?« Er kann es nicht begreifen, wie die Arbeiter früher für den Staat gewonnen werden konnten, ohne sie von morgens bis abends in Wort und Schrift zu beschwindeln!

Wink aus der Gummizelle

»Wenn Sie ein Jude zum Tanz aufgefordert hat und Sie Ihr Gewissen erforscht haben, das heißt, wenn Sie wissen, daß Sie unschuldig an dem Uebel sind, so brauchen Sie sich keine Gewissensbisse zu machen. Passiert Ihnen das nochmals, so rufen Sie die Polizei.«

(Aus dem »Briefkasten« einer nationalsozialistischen Frauenzeitschrift.)

Achtung, Zündstoff!

Der Adjutant des Führers teilt mit: Es wird darauf hingewiesen und befohlen, daß bei nächtlichen Spalierbildungen die Aufstellung mit Fackeln wegen der damit verbundenen Feuergefahr streng verboten ist.

Es könnt wohl ein Funke ins Pulverfaß fliegen?

Die eiserne Ungleichheit

Auf der Zahnärztetagung zu Berlin hat Ministerialdirektor Gütt, der in Vertretung des Reichsinnenministers sprach, laut Bericht »nachdrücklich darauf hingewiesen«, daß als Grundgesetz für den Wiederaufbau des deutschen Volkes »das eiserne Gesetz der Ungleichheit der Menschene« zu gelten habe. Der Herr Ministerialrat hätte sich den Stimmaufwand sparen können — seine Forderung ist voll erfüllt, und das Gesetz von der eisernen Ungleichheit ist eigentlich das einzige, dessen Einhaltung im Dritten Reich streng beachtet wird. Die »Deutsche Juristenzeitung« hat soeben wieder einen Beweis dafür geliefert, daß vor allem der Unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen keinerlei Gefahr läuft, verwischt zu werden. Dieses edle Sprachrohr neudeutschen Rechtsgefühls beschäufte sich nämlich in seiner letzten Nummer mit dem Armenrecht und brach bei dieser Gelegenheit eine ritterliche Lanze für die Rechtlosigkeit der Besitzlosen.

Das Armenrecht wurde bisher jedem Unbemittelten gewährt, der »mit hinreichender Aussicht auf Erfolg und ohne Mutwilligkeit« einen Rechtsstreit zu führen beabsichtigte, dessen Kosten er selbst nicht tragen konnte. Auf diese Weise wurden dem Armen jene Rechtsmittel in die Hand gegeben, die dem Begüterten ohnehin und jederzeit zur Verfügung stehen. Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen. Die nationalsozialistischen Rechtswahrer meinen anders, denn vor ihrem eisernen Gesetz sind alle Menschen ungleich. Die »Deutsche Juristenzeitung« bemerkt ebenso sachlich wie schamlos:

»Der Antrag auf Bewilligung des Armenrechts muß abgelehnt werden, wenn der Antragsteller unlängst gegen ein Grundgebot der völkischen Sittenordnung verstoßen hat.«

Dabei komme es gar nicht darauf an, ob der geplante Prozeß aussichtsreich und die Klage berechtigt sei. Einer Antragstellerin, die jüngst das Kind eines Juden außerehelich geboren habe, sei z. B. die Bewilligung zu versagen. Daß Meckerer und Kritikaater, sofern sie erwischt werden, »verkappte Marxisten« und andere Mißliebige jeder Art gleichfalls unter Ausnahmerecht fallen, versteht sich von selbst, denn

»Im armenrechtlichen Sinne ist heute nicht mehr jeder Volksgenosse, sondern nur der Volksgenosse, der gemäß den Grundgeboten der völkischen Sittenordnung lebt und handelt.«

Damit ist das Armenrecht, das Recht der Armen zum Gnadengeschenk, zum Almosen, zu einer Prämie für Wohlverhalten geworden. Was das bedeutet? Es bedeutet die Entrechtung des besitzlosen Neinsagers, nur des besitzlosen, denn wer zum Dritten Reich nein sagt und Geld hat, wird keineswegs davon betroffen. Es wird den nichtnationalsozialistischen Proletariern im Dritten Reich künftig nicht mehr möglich sein, ihre primitivsten persönlichen Rechte zu wahren, sie dürfen von böswilligen Hauswirten und Händlern, von betrügerischen Vertragspartnern und Beutelschneidern jeder Schattierung straflos übers Ohr gehauen, belogen, betrogen, angeplündert und beleidigt werden, sie haben keinerlei Möglichkeit sich zu wehren, sie haben keine Hilfe von den sogenannten Rechtsorganen ihres Landes zu erwarten.

Und die Darlegungen der »Deutschen Juristenzeitung« sind keine frommen Wunschträume. Wie wir erfahren, wird vielmehr die Armenrechtsbewilligung bei vielen deutschen Gerichten bereits nach dem obigen Rezept gehandhabt. Dem eisernen Gesetz von der Ungleichheit ist also äußerste Genüge getan. Aber die neue Rechtschmach, die dem deutschen Volke damit angetan wird, bleibt unvergessen, denn sie bedeutet die unverhüllteste Herausforderung, die seit der französischen Revolution von der privilegierten Schicht eines europäischen Landes begangen wurde.

Zweifelhafte Ehre

Der deutschnationale Großgrundbesitzer von der Ostsee-Warnitz, bisherige Ehrenbürger der Stadt Königsberg, wurde durch den Bürgermeister aufgefordert, seinen Getreidehandel nicht weiter durch eine jüdische Firma zu vollziehen, da dies mit der Würde eines Ehrenbürgers unvereinbar sei. Von der Ostsee lehnte das Ansinnen ab und erklärte, daß er sich »unter diesen Umständen leider gezwungen sehe«, auf die Würde eines Ehrenbürgers der Stadt Königsberg zu verzichten.

Sogar die Junker begreifen schon, daß es keine Ehre mehr ist, im Dritten Reich Ehrenbürger zu sein.

Das neue Kirchendiktat

Das Hitlersystem will dem evangelischen Kirchenstern mit einem Gewaltstreich ein Ende machen. Nachdem die Bekenntnissynode der altpreussischen Union auf der Forderung der kirchlichen Selbstverwaltung in Finanz- und Pressefragen beharrte, ist das »Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche« erlassen worden. Es gibt dem Reichskirchenminister Vollmacht, Verordnungen mit rechtsverbindlicher Kraft zu erlassen.

Die Deutsche Evangelische Kirche, die nun gesichert werden soll, existiert nicht. Sie ist der Wunsch der Nationalsozialisten, die sie im Sommer 1933 diktieren. Es gab von ihr einen Reichsbischof, eine Kirchenregierung, einen Sachwalter — den berüchtigten Jäger — aber davon blieb am Ende nur der Reichsbischof Müller übrig. Die »Bekenntniskirche« erwies sich stärker als die totale »Reichskirche«. Wie kläglich es um den kirchlichen Totalitätsraum der Nazis bisher bestellt war, zeigt folgende Schilderung der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«:

»So wandten sich Anfang November die Bischöfe von Bayern, Württemberg und Hannover, der Bruderrat der Bekenntenden Kirche, die Gustav-Adolf-Stiftung und mehrere andere Gruppen gemeinsam an den Reichsbischof mit jener Bitte. Dieser aber lehnte ab: der Rücktritt werde nicht Frieden, sondern neue Unruhe bringen, meinte er. Aber immerhin entschloß er sich, am 20. November, die von der Bekenntenden Kirche

als rechtswidrig bestrittenen Gesetze außer Kraft zu setzen und in Bausch und Bogen wieder den Status quo ante zu schaffen. Das hätte ein Schritt zur Befriedigung sein können, wenn — er nicht den rechtlosen Zustand noch rechtloser gemacht hätte. Bis dahin konnte man sagen, alles sei rechtswidrig gewesen, nun aber konnte man nur noch sagen, es gäbe überhaupt kein Recht mehr. Niemand wußte, an wen er sich zu halten habe, niemand wußte, wer nun eigentlich noch im Amte sei und wer nicht. Instanzen wie z. B. der preussische Kirchensenaat, die längst ihr Leben ausgehaucht hatten, begannen von neuem wie ein Schimäre zu geistern, kein Mensch wußte, wozu, und wir vermuten, diese Instanzen selbst wußten es auch nicht.

Zwei Dinge hätten zu allererst schweren Schaden dadurch: die Finanzen der Kirche und die Personalien. Denn jeder vom Reichsbischof oder einem anderen Kirchenführer seines Amtes entsetzte Pfarrer klagte, und fast jede Klage führte zu einer juristischen Niederlage der Reichskirchenregierung. Das bedeutete, daß irgendwelche kleinen gerichtlichen Instanzen die eigentlichen Herren über idrohliche Personalien wurden. Und mit den Finanzen wußte niemand mehr etwas anzufangen, wer war zu ihrer Entgegennahme berechtigt, wer leitete sie weiter und an wen, wer zahlte Gehälter?«

Im Sommer 1935 wurden den opponierenden Kirchen Finanzabteilungen auf die Nase gesetzt, und diesen Finanzabteilungen die Beschlußfassung über die Personalpolitik

übertragen. Da die opponierenden Kirchen Staatssubsidien gebrauchten, muß der Staat am längeren Hebelarm. Das neueste Kirchengesetz und die am 3. Oktober dazu erlassene erste Durchführungsverordnung bedeuten den Versuch, die staatliche Diktatur in der Kirche zu errichten. Im Grunde genommen ist es die verschärfte Neuauflage der »Kirchenregierung«, die jetzt Kirchenausschuß heißt. Organisatorisch und finanziell ist der Staat den Kirchenverwaltungen unbedingt überlegen. Aber die Stärke der Bekenntniskirche war bisher, daß sie den Willen ihrer Anhänger zur Selbstbestimmung vertrat und deshalb das Bild lebendiger Organisation bot, und die Schwäche des Staates ist es auch heute noch, daß er mit Terror und Geldquetsche eine Reichskirche befehlen kann, die aber tot bleibt. So wird auch das neue Diktat einige Opposition mündig machen, andere ersticken, aber im wesentlichen wird es nichts an den Verhältnissen ändern, vor allem nicht an der Spannung, die zwischen den Glaubenssätzen der Bekenntniskirche und der Rassenlehre des Staates besteht und an dem aus dieser Spannung immer neu erwachsenden Willen zur Selbstbestimmung.

Es ist lehrreich, an diesem Beispiel die Grenzen faschistischen Totalitätsdrangs zu beobachten!

Unterirdisches Deutschland

Im offiziellen Parteivertrag der Nazi ersehen »Wandlungen unseres Kampfes« von SS-Gruppenführer R. Heydrich. Der Vertreter Himmlers in der Leitung der Gestapo gibt in dieser Schrift von dem unterirdischen Deutschland von heute das folgende eindrucksvolle Bild:

»Im Gegensatz zum sichtbaren Gegner ist der getarnte Gegner nicht organisatorisch faßbar. Er arbeitet illegal, wir können ihn vielleicht den unsichtbaren Apparat der schon bezeichneten großen Gegner nennen. Sein Ziel ist, die Einheit der Führung in Staat und Partei zu zerstören, um die Erreichung der weltanschaulichen Aufgaben des Nationalsozialismus unmöglich zu machen. Das Volk soll der Führung gegenüber zurückhaltend und unsicher werden, die Führer sollen nervös werden und sich gegenseitig mißtrauen.

Zu diesem Zwecke besteht ein Netz von Querverbindungen zu fast allen Stellen des Staatsapparates, des öffentlichen Lebens und der Bewegung. Dieses Kanalsystem unterrichtet einerseits den Gegner über die ihm bevorstehende Gefahr. Er erfährt so rechtzeitig alle vorbereiteten staatlichen Maßnahmen, Anordnungen und Gesetze. Das gleiche Kanalsystem dient aber andererseits der Aufgabe, die für den Gegner wichtigen Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Die Organe dieses Kanalsystems arbeiten zum Teil bewußt verräterisch, zum Teil werden ihre persönlichen Schwächen unbewußt mißbraucht.

Die Hauptstützen dieser gegnerischen bewußt verräterischen Arbeit sind einige im Staatsapparat verbliebene feindliche Elemente, die sich, einhundertprozentig gebärdend, sofort gleichschalteten. An ihnen ging das Beamtengesetz vorüber. Im Glauben an die Echtheit ihrer im Brustton der Ueberzeugung abgegebenen Treueerklärungen wurden sie als Fachleute in ihren Stellungen belassen.

Die Verzweigung dieses Netzes ist ungeheuerlich. Eine lückenlose Aufzählung ist hier unmöglich. Erkennen kann der Laie die Verzweigungen nur an der Auswirkung:

Hier werden Versuche gemacht, gesetzgebende Maßnahmen abzuwehren.

Dort wird versucht, die Finanzierung für die für Bewegung und Staat lebenswichtigen Aufgabengebiete zu drosseln.

Auf den Hochschulen wird versucht, durch »rein wissenschaftliche und sachliche« Behandlung nationalsozialistisches Gedankengut zugunsten des Liberalismus zu verblegen.

In der Vorgeschichtsforachung wird versucht, einseitigen, unvölkischen Elementen die Führung der Ausgrabungen in die Hände zu spielen, damit weiterhin die Behauptung von der »Kulturlosigkeit« unserer Ahnen ungefährdet aufrechterhalten werden kann.

Durch den Versuch einer antinationalsozialistischen Personalpolitik wird angestrebt, wichtige Schlüsselstellungen im Staat wieder in die Hände zu bekommen, damit, falls ein nationalsozialistisches Gesetz durchgeht, die Ausführung sabotiert und durch Ausführungsbestimmungen Hintertüren ge-

öffnet werden können. Bei den nationalsozialistisch gut gesinnten Männern wird durch gesellschaftliche Verflechtungen (Einladungen, Klubs usw.) der Versuch gemacht, auch auf sie Einfluß zu gewinnen. Den heißen Willen nationalsozialistischer Vorgesetzter, die deutsche Gesetzgebung und die deutsche Verwaltung dem Wesen und dem Empfinden des Volkes anzupassen, verdrehen sie in der Ausführung und versuchen damit, diese nationalsozialistischen Männer in Gegensatz zur Bewegung zu bringen.

Um eine Maßnahme des Führers oder eines seiner Beauftragten abzuwehren, oder um unbequeme und gefährliche Organisationen der Bewegung und des Staates zu Fall zu bringen, dient ihnen das Mittel der systematischen Gerichte- und Pressearbeit. Ueber Tausende von Kanälen wird den maßgebenden Stellen eingeflüstert, welche »Gefahren« der Politik des Führers angeblich durch diese Maßnahmen oder diese Organisationen drohen, gleichzeitig setzt eine Beschwerdewelle ein. Die Vielseitigkeit dieser Beschwerden läßt oft blitzartig das Kanalsystem des Gegners erkennen.

Auf Kommando meist einer der freimaurerischen Schweizer oder »deutschen« Emigrantenzetungen wird der Angriff durch eine systematische Artikelserie der überlasteten Lügen vervollständigt. Im gleichen Augenblick wird nun der Apparat zur Ausnutzung der Charakterschwächen der einzelnen Menschen in Bewegung gesetzt.

Nur zu schnell ist eine vorgesetzte Meinung erzeugt, die dann den Boden der Erfüllung der Augenblicksziele der Gegner bildet.

So wird allmählich versucht, das Gefüge des Staates zu zersetzen und einen Keil zwischen Führung und Gefolgschaft zu treiben.«

Hamsterfahrten im Ruhrrevier

Aus einem Brief aus dem Ruhrrevier: Wir wollen auch nicht unterlassen, hier gleich einmal zu schildern, wie es jetzt in den Orten der Ruhrindustrie mit der Bevölkerung wirklich aussieht. Der Mangel an Nahrung ist tatsächlich außerordentlich. Es besteht eine große Sorge um den kommenden Winter. Da aber schon im Herbst die Nahrungsmittel knapp sind, hat sich eine Hamsterei entwickelt, die ihre Beispiele nur in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit kennt. An den freien Samstagmorgens und den Sonntagen vom frühesten Morgen an ergießen sich in das westfälische und münsterländische Hinterland Scharen von Radfahrern mit allen möglichen Transportbehältern für Nahrungsmittel. Mit Rucksäcken, kleinen Kiepen und Körben geht es bis zu 150 Kilometer in das Land, um — einige Pfund Obst, Kartoffeln und, wenn überhaupt möglich, etwas Fett zu erhalten. In der Sonntagsnacht wird schon um 1 und 2 Uhr aufgebrochen, damit man möglichst zuerst weit draußen auf dem Lande ist. Der Ertrag: 5 bis 10 Pfund schlechtestes Fallobst, das Pfund für 15 bis 20 Pfennig. Aber davon kann man für eine ganze

Woche eine dünne Marmelade machen und hat Brotaufstrich. Manchmal hat man auch 20 Pfund Kartoffeln, das Pfund für nur 2 bis 2½ Pfennig, während sie in der Ruhrstadt doch 4 bis 4½ Pfennig kosten, wenn man welche erhalten kann. Die besten Kartoffeln bekommt man natürlich auch nicht. Es kommt auch vor, daß man einen kleinen Landwirt erweicht, der noch von der Vorjahrsschlachtung ein halbes oder sogar ein ganzes Pfund Speck abläßt, wofür man dann aufs Pfund gerechnet nur 80 Pfennig bis 1 Mark zahlen muß. Doch hier handelt es sich schon um Glücksfälle. Wir sind in den letzten Wochen regelmäßig hinausgefahren und haben immer Hunderte von Hamstern auf den Chausseen als Begleiter gehabt. Die Bauern schimpfen auf die Nazis und Hitler, wir dann auch. Allerdings werden wir alle als Kommunisten angesehen und haben es schwer, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir Sozialdemokraten sind. Haben wir Glauben gefunden, dann finden wir meistens auch die Gelegenheit, eine Kleinigkeit kaufen zu können. Wenn die Stimmung der Bauern politische Kraft wäre, dann müßte das Dritte Reich in diesem Winter schon an ihr allein zugrunde gehen.«

Volk im Kriegsdienst

Mit den höchsten Anstrengungen wird im Dritten Reich die Militarisation des ganzen Volkes fortgesetzt. Für den Kriegsfall, mit dem die Faschisten im Widerspruch zu der immer wiederholten Beteuerung ihres nicht vorhandenen Friedenswillens rechnen, werden Kinder, Frauen und Greise mobilisiert.

Zur Zeit werden in den größeren Städten Zwangskurse für den Luftschutzdienst veranstaltet. Es müssen daran alle beschäftigten Männer über 45 Jahren und alle beschäftigten Frauen und Mädchen teilnehmen. Die Betriebe müssen der zuständigen Stelle die in Betracht kommenden Arbeiter und Angestellten melden und für jeden Teilnehmer 2.50 Mk. entrichten. Jeder Teilnehmer ist verpflichtet, den Kursen solange beizuwohnen, bis er die schriftlich und mündlich abzulegende Prüfung bestanden hat.

Diese Zwangsmilitarisierung hat neben den von den Nationalsozialisten verfolgten Zweck noch andere, von ihnen weniger erwünschte Folgen. Die Frauen und Mädchen beginnen, über den zweifelhaften Wert des ganzen Luftschutzes und über die Zustände im Dritten Reich überhaupt nachzudenken und erörtern auch die Frage, warum und für wen die Völker wieder in einen Krieg hineingetrieben werden sollen.

Symbolik

Der »Mittag«, Düsseldorf, deklamiert: »Bückeberg! Bückeberg! Schon das Wort klingt so deutsch, so bäurisch!« Man sollte die nächsten Erntedankfeste in Krummhübel, in Zwingendorf, Oberkotzau oder Elend abhalten, das klingt noch deutscher.

Das ist Humor!

»Die deutsche Frau ist wie ein keuscher Ahornast, der jubelnd ins Blau strebt. Von Artwidrigem benagt, verdorrt er. Von Artwidrigem benagt, verdorrt auch sie!«

(Aus »Am Quell deutscher Kraft«)

Der Weg zum Weltmarkt verbaut

Es fällt den Wirtschaftssachverständigen des Dritten Reiches schwer, die Wehmut zu verbergen, mit der sie feststellen müssen, wie der Anschluß an den Weltmarkt mehr und mehr abhandelt. In den von Wagemann herausgegebenen Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung kann man zwischen den Zeilen lesen, daß das, was über den Erfolg erscheint, tatsächlich als Mißerfolg angesehen wird. Zwar wird festgestellt, daß »das Außenhandelsvolumen im ersten Halbjahr 1935 weiter geschrumpft sei, aber als »bedeutsamer Erfolg« bezeichnet, daß es gelungen ist, Einfuhr und Ausfuhr erstmals wieder in Uebereinstimmung zu bringen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 wurde im Durchschnitt für 488, 1935 für 300 Millionen Mark ausgeführt, das ist also ein Rückgang um fast 40 Prozent. Worin besteht also der »bedeutsame Erfolg«? Darin, daß seit Mai, also erst drei Monate lang, nicht mehr ein- als ausgeführt wird. Der Erfolg besteht darin, daß Deutschlands Lieferanten im allgemeinen nicht mehr auf Kredit liefern, sondern, weil sie Bargeld nicht bekommen können, nur noch in direktem Tausch. Der Weg zum Erfolg führt also über die Einschränkung der Einfuhr und die Drosselung des heimischen Verbrauchs. So arg groß ist der Segen der behördlichen Einfuhrüberwachung nicht, wenn sie in der Zeit aufsteigender Weltkonjunktur nicht anders herzustellen war als durch Anpassung der Einfuhr an die gesunkene Ausfuhr. Die Ausfuhrschumpfung wäre aber noch viel ärger, wenn nicht die gänzliche Verdrängung vom Weltmarkt mit Schleuderpreisen verhindert worden wäre. Die Spanne zwischen

Binnenmarkt- und Ausführpreisen hat sich nach dem Institut für Konjunkturforschung im ersten Halbjahr 1935 erheblich verbreitert und betrug um die Jahresmitte rund 20 v. H. <

Was Wagemann angesichts der Schrumpfung der Ausfuhr bedenklich stimmt, ist nicht nur die Sorge um die Beschaffung der für die Aufrüstung unentbehrlichen Rohstoffe, sondern auch die Rückwirkung der Abriegelung vom Weltmarkt auf die betroffenen Industrien selbst. Es ergibt sich für Herrn Wagemann »die Frage, ob die anhaltende Stagnation des Außenhandels und die Nachteile, die mit seiner immer umfassender werdenden staatlichen Regelung verbunden sind, auf die Dauer nicht doch abträglich auf die Binnenwirtschaft wirken werden«. Herr Wagemann wagt also einen Angriff auf das von Schacht dirigierte Einfuhrmonopol, das mit der Anwendung der Methoden des direkten Tausches sich zu einem Außenhandelsmonopol ausgewachsen hat. Worin bestehen die »Nachteile«? Zunächst darin, daß es zweifelhaft ist, »ob die Probleme der Rohstoffversorgung... auf die Dauer durch Verrechnungsgeschäfte usw. gelöst werden können«. Es hat sich nämlich gezeigt, daß Deutschland von den betreffenden Ländern mehr Rohstoffe braucht, als diese von ihm kaufen können. Mit dem unbezahlten Uberschuß der Einfuhr nach Deutschland schwindet aber die Geneigtheit, sich fernerhin auf solche Geschäfte einzulassen.

Mehr noch bekümmern Wagemann die Schwierigkeiten, die einmal daraus erwachsen könnten, »daß stark exportabhängige Industrien durch Verlust ihres Auslands-

absatzes in ihrem inneren Gefüge gefährdet werden und mit ihrem eigenen Niedergang empfindliche Lücken auch an anderen Stellen der Produktionswirtschaft reißen«. Mit anderen Worten: die Umstellung vom Export auf die Rüstungserzeugung erfordert eine Umstellung auf eine anders geartete Produktion, die sich dann als Fehlanlage erweisen wird, wenn der Rüstungswahnsinn abgestoppt werden muß. Herr Wagemann fürchtet, daß das Schwinden der Ausfuhr einen technischen Niedergang zur Folge hat, der es den auf Ausfuhr angewiesenen Industrien unmöglich macht, die verlorenen Absatzgebiete selbst mit den Mitteln schärfsten Dumpings zurückzugewinnen. Der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtproduktion beim Maschinenbau war 1931 fast zwei Drittel, gegenwärtig ist er nur noch ein Zehntel. In der Elektrotechnik und in der Eisen- und Stahlwarenindustrie ist es ähnlich, in der Textilindustrie nicht anders. Elektroindustrie und Eisenwarenindustrie konnten entschädigt werden »durch den Auftrieb, den die Beschäftigung vom Binnenmarkt her erfuhre«. Bei der Textilindustrie ist nicht einmal das der Fall, weil hier mit der Ausfuhr auch der Inlandsabsatz gesunken ist. Daß Schachts Methode des Kampfes um Deutschlands wirtschaftliche »Freiheit« vor allem den Wirtschaftsablauf immer stärker von staatlicher Hilfe abhängig machen, gehört nach Wagemann »allerdings zu ihren kaum vermeidlichen Folgen«. Herr Wagemann möchte jedoch wohl lieber, daß sie vermeidbar wären und daß der Industrie aus des Reiches Schuldenwirtschaft der Ausweg zum Weltmarkt nicht verbaut würde. G. A. Frey.

Kein Schmalz, aber Rätsel

Zwar hungern die Arbeiter im Dritten Reiche weiter, zwar wird das Schmalz immer knapper und das Leben immer teurer, aber just in diesen Tagen wurde die Lösung der sozialen Frage ernstlich in Angriff genommen. »Um Nörglern, Besserwissern und Kritikastern das Wasser abzugraben«, so melden die deutschen Blätter, hat eine Braunschweiger Firma für ihre Gefolgschaft einen Wettbewerb mit dem Thema festgesetzt: »Was würde ich als Betriebsführer tun?« Für die vier besten und brauchbarsten Vorschläge sind Preise in der Form von »Kraft durch Freude«-Urlaubereisen ausgesetzt worden. Dem Reichspropagandaministerium muß diese Idee nahezu genial erschienen sein, denn er hat dafür gesorgt, daß landauf, landab kein Blatt sich von der Bekanntgabe drückte.

Hoffentlich erlebt der Herr Propagandabetriebsführer zu Braunschweig keine Enttäuschung. Es läge nämlich nahe, daß die unverbesserlichen Kritikaster, statt sich das Wasser abgraben zu lassen, mühten um die Palme des Sieges nörgelten. »Wenn ihr von uns wissen wollt, was ihr zu tun habt«, so könnten sie beispielsweise fragen, »warum habt ihr dann unsere Gewerkschaften aufgelöst? Die haben sich doch jahrzehntelang bemüht, euch unsern Standpunkt begreiflich zu machen! Was wir an eurer Stelle täten? Wir

würden zu allererst mal für freie Meinungsäußerung sorgen. Wir würden unsern Arbeitern erlauben, offen miteinander und mit den Kameraden der andern Betriebe zu sprechen und an Stelle der Arbeitsfrontmarionetten eigene Vertrauensleute zu wählen. Wir würden ihnen das Recht zugestehen, ihre eigenen Zeitungen zu drucken und zu lesen, denn wir wären — als Regierende und als Unternehmer — nicht so dumm zu glauben, daß einzelne Arbeitssklaven, die durch die Gestapo voneinander getrennt gehalten werden, uns brauchbare Vorschläge machen können. Wir würden... nun, was wir sonst noch tun würden, das könntet ihr dann von unsern Zeitungen und von unsern erwählten Führern erfahren. Erfüllt erst mal die hier vorgetragene Bitten, das weitere wird sich finden.«

So etwa würden die eingesandten Vorschläge lauten, wenn dem Preisrichterkollegium nicht die braunen Hässcher zur Seite stünden, die Schergen, die darauf lauern, den »Besserwissern das Wasser abzugraben« und ihnen statt der versprochenen »Kraft durch Freude«-Urlaubereise eine Reise ins Konzentrationslager zu verpassen. Aber eines Tages werden die Rollen anders verteilt sein, eines Tages werden die Arbeiter ihre Preisfragen stellen, und an denen dürften sich die neckischen Rätselmänner des Dr. Göbbels alle Zähne einzeln ausbeißeln.

Kein Pardon für Schacht!

Nein, auf keinen Fall, denn der weiß was er tut! Dummheit und Unkenntnis können viele seiner nationalsozialistischen Freunde für sich in Anspruch nehmen, ihnen soll ein gewisser Paragraph zugebilligt werden, denn man kann von einem Ochsen nicht mehr verlangen als ein Stück Rindfleisch. Aber Schacht hat Wirtschaftskennntnisse, an ihn muß ein anderer Maßstab gelegt werden. In Schmollers Jahrbuch aus dem Jahre 1902 stellt sich uns nämlich ein Hjalmar Schacht vor, der keineswegs so dumm ist wie seine heutige Wirtschaftspolitik. Da hat der Wirtschaftsdiktator von heute gegen den damaligen Zolltarif Front gemacht und sehr treffende Argumente gegen den »Schuldbürgergehalt« dieses Tarifs ins Feld geführt. Er hatte sehr richtig bemerkt, daß die Zölle in erster Linie dem Großgrundbesitz und der Schwerindustrie zugute kommen. Auf diese Weise werde jedoch der deutschen Wirtschaft, die eben auf der Fertigwarenfabrikation für den Export beruhe, ein schwerer Schlag versetzt. Ferner werden die Bauern davon betroffen, die von der Veredelungswirtschaft leben und aus diesem Grunde auf den Bezug

billiger Futtermittel angewiesen sind. Wir dürfen aber »nicht eine Politik einschlagen, welche uns den Konkurrenzkampf erschwert, indem sie uns Rohstoffe und Halbzeuge verteuert, unsere Arbeitskraft durch Verteuerung der Lebensmittel herabmindert« usw. Schacht stellte fest, daß an einer solchen reaktionären Zollpolitik nur einige Wirtschaftskreise Interesse haben können. Ja, und der Wirtschaftsdiktator der Harzburger Sammlungspolitik fand damals sogar scharfe Worte gegen die Schwerindustrie, die heute sein bester Bundesgenosse ist. Wenn er heute mit dieser Kraft marschiert, die schon immer stockreaktionär war, so hat Schacht schon früher erkannt, daß diese Industriegruppe sich der Sozialpolitik gegenüber am feindlichsten verhält und hat sogar erklärt, warum dies der Fall sein muß.

Heute sind die von der »schuldbürgerlichen Wirtschaftspolitik« des Regimes betroffenen Schichten der deutschen Bevölkerung, vor allem aber die Kreise der deutschen Fertigwarenfabrikation, d. h. also die Exportindustrie, einfach nicht mehr in der Lage, die Politik Schachts zu begreifen. Man wackelt dort mit dem Kopf, und für kreditfähig wird er in diesen Kreisen nicht mehr gehalten. Schade, daß Schacht die Artikel, die er geschrieben, nicht auch gelesen hat. Jeden-

falls: kein Pardon für Schacht, denn der weiß, was er tut! Er bringt Deutschland wider besseres Wissen an den Rand des Ruins!

Der »Aufstieg«

Bei den deutschen Sparkassen sind im Monat August gegenüber dem Vormonat die Einzahlungen um insgesamt 70 Millionen Mark zurückgegangen. Auch im Vergleich zum August 1934 ist ein Rückgang der Einzahlungen um 20,7 Millionen Mark festzustellen. Im September wird mit einer weiteren Einzahlungsverminderung gerechnet. Bei den Berliner Sparkassen hatte 1933 der Spareinlagenzuwachs 54 Millionen Mark betragen. Im Jahre 1934 erreichte er nur die Höhe von 44,7 Millionen Mark.

Der Warenumsatzrückgang der Waren- und Kaufhäuser setzt sich weiter fort. Im Juli betrug er 2,8 Prozent, bzw. 1,5 Prozent und im August 9 Prozent, bzw. 10,6 Prozent gegenüber dem gleichen Monaten des Vorjahres. Der Umsatz im Kleinhandel hat keine entsprechende Steigerung erfahren.

Die Wohnungsnot nimmt in verschiedenen Gegenden Deutschlands katastrophale Ausmaße an. Da seit der Herrschaft der Nationalsozialisten jährlich viel weniger Wohnungen neu erbaut werden als früher, so wächst der Fehlbestand an Wohnungen rasch an. In Hamburg ist er im Jahre 1934, wie wir der Berliner Börsenzeitung entnehmen, allein um 10.000 Wohnungen gestiegen. In Berlin wurden in einer in der vergangenen Woche stattgefundenen amtlichen Konferenz 80.000 fehlende Wohnungen angegeben und von dem Dezernenten ausgeführt, daß in einzelnen Berliner Bezirken eine ausgesprochene Wohnungsnot bestehe. Die öffentlichen Gelder, die früher zur Erstellung neuer Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden, werden jetzt für die Kriegsausrüstung hinausgeschleudert.

Die Verschleuderung des Gemeindegüterbesitzes macht weitere Fortschritte. In der letzten Sitzung der »Ratsherren« von Berlin wurde der Verkauf eines Grundstückes in Nienhagen an der Ostsee, zu dem eine Villa gehört, genehmigt. Vom »Roten« Berlin war das Grundstück seinerzeit erworben worden, um ein Heim für erholungsbedürftige Kinder einzurichten. In der gleichen Sitzung wurde auch der Verkauf des der Stadtgemeinde Berlin gehörenden Hindenburg-Krankenhauses in Zehlendorf an das Reichskriegsministerium beschlossen. Es wird in ein Garnisonlazarett umgewandelt werden. Durch den Verkauf derartiger Millionenobjekte wollen die nationalsozialistischen Diktatoren ihre Finanzmißwirtschaft in der Gemeinde Berlin verschleiern. Das erhebliche Defizit wird dadurch um etliche Millionen herabgedrückt.

Wenn deutsche Studenten reisen

In der vergangenen Woche ging durch die deutsche Presse ein Entrüstungsschrei:

Eine Gruppe von 14 Studenten der Universität Berlin, die sich in Begleitung von Belgrader Studenten auf einer Rundreise durch Jugoslawien befinden, wurden von Kommunisten mit dem Ruf: »Nieder mit den Faschisten!« überfallen. Die Kommunisten schossen zweimal aus Revolvern. Der deutsche Student Mackensen wurde in der Bauchgegend verletzt.

Einige Tage später erfolgte eine kleinlauter Berichtigung, der vermutlich niemals Raum gegeben worden wäre, wenn Jugoslawien nicht auf einer Klärung des Falles bestanden hätte. Jetzt las man's also anders:

»Zu dem überaus tragischen Vorfall werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Es handelte sich zunächst um eine mehr oder weniger harmlose Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksgerichteten Studenten der Belgrader Universität. Erst durch den Leichtsinns und die Fahrlässigkeit des die deutschen Delegierten begleitenden jugoslawischen Studenten Milutin Petrowitsch nahm der Vorfall eine tragische Wendung. Bei dem Herannahen der Kommunisten zog Petrowitsch nämlich seinen Revolver und gab einen Schreckschuß gegen die Demonstranten durch das offene Fenster des Autobusses ab. Gerade bei Abgabe des Schusses scheint der Autobus Vollgas gegeben zu haben, so daß durch den entstandenen Ruck der jugoslawische Student, der den Finger noch am Abzug des Revolvers hatte, einen Stoß erhielt, durch den der Revolver noch einmal losging. Der Schuß traf Mackensen in die Seite. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.«

Daß die Revolver nationalsozialistischer Jünglinge — und der jugoslawische Student Petrowitsch zählt zu ihnen — sehr leicht losgehen, weiß man nachgerade. Man könnte den Fall also zu den übrigen legen, wenn an der Meldung nicht allzuviel dunkel wäre. So fragt man sich z. B., wie denn die Kommunisten ausgesehen haben mögen, die da »herannahen«. Die kommunistische Partei ist in Jugoslawien bekanntlich verboten, und wer sich als Kommunist kenntlich macht, wird sofort verhaftet. Man kann also annehmen, daß die herannahenden »Kommunisten« genau so aussahen, wie andere, unpolitische Sterbliche und daß einzig die scharfen Nasen des Petrowitsch und seiner deutschen Gesinnungsgenossen den roten Teufelsbraten von weitem zu wittern vermochten. Außerdem spricht der Bericht von einer »Auseinandersetzung«, um einige Zeilen weiter unten zuzugeben, daß der Revolverheld schon »beim Herannahen« der vermeintlichen Gegner geschossen habe. Wie mag die Auseinandersetzung verlaufen sein? Wie kann man sich überhaupt vom fahrenden Autobus aus, durch's offene Fenster und auf eine beträchtliche Entfernung (wer herannah, ist nämlich noch nicht da) so gründlich auseinandersetzen, daß die Sache ohne Revolver nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist?

Das sind Fragen, die zweifellos auch den Richter beschäftigen werden, der den Fall zu bearbeiten hat. Uns interessiert vor allem die Tatsache, daß in der Umgebung nationalsozialistischer junger Leute, ob sie nun im In- oder Ausland herumfuhrwerken, immer wieder Revolver knallen und immer wieder junge Menschenleben auf sinnlose Art gefährdet oder vernichtet werden. Die friedliche Erziehung trägt ihre Früchte.

Die Zertrümmerung der Ortskrankenkassen

Die Vernichtung der sozialpolitischen Erfolge eines jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten geht weiter. Eben ist eine »zehnte Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung« erschienen, deren Kern in der Zertrümmerung des gesamten Ortskrankenkassenwesens zu erblicken ist.

Diese Verordnung bestimmt in ihrem zweiten Artikel, daß diejenigen Ortskrankenkassen, deren Mitglieder hauptsächlich handwerklichen Betrieben angehören, von Amts wegen in Innungskassen umzuwandeln sind. Aber auch die Ortskrankenkassen, von denen das nicht gilt, werden zertrümmert. Eine weitere Bestimmung sagt, daß sie in Innungs- und Ortskrankenkassen geteilt werden müssen, wenn überhaupt Mitglieder aus handwerklichen Betrieben in einer gewissen Anzahl vorhanden sind.

In der nationalsozialistischen Terminologie heißt das »Sanierung« der Ortskrankenkassen. In Wirklichkeit ist es die Vernichtung der letzten Reste der selbstverwalteten Krankenkassen und anderer Sozialinstitute.

Sozialdemokratie und Krieg

Von Karl Kautsky*)

2. Der Völkerbund.

In mancher Beziehung ist allerdings diese unsere Aufgabe seit dem Weltkriege sehr erleichtert worden durch die Schaffung des Völkerbundes.

In seinen Anfängen wurde er sehr mit Mißtrauen aufgenommen, namentlich von den Patrioten der besiegten Staaten, die in ihm ein Werkzeug der Sieger sahen, aber auch von revolutionären Sozialisten, die ihn als ein bürgerliches Truggebilde befehdeten. Es ging ihm wie so vielen anderen Einrichtungen und Maßregeln, die erdacht werden, damit sie ein soziales oder politisches Bedürfnis befriedigen. Von denjenigen, die sie propagieren, werden sie leicht maßlos überschätzt. Da sie das, was ihre Propagatoren in Aussicht stellen, nicht leisten oder leisten können, werden sie von jenen, die das erkennen, als wertlos verworfen. Das eine ist ebenso verkehrt und schädlich wie das andere, mag es sich etwa um das allgemeine Wahlrecht handeln oder um Genossenschaften, um Gewerkschaften usw. Keine soziale oder politische Einrichtung oder Tätigkeit ist absolut und keine für sich allein zu messen. Manche kann von großem Erfolg und Nutzen sein, jede aber nur unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Zusammenhängen. Nur unter bestimmten Bedingungen wird der Völkerbund möglich und heilsam. Ein absolutes Mittel zur Verhinderung von Kriegen ist er nicht. Ich habe in meinem Buche gezeigt, daß er zu seinem erfolgreichen Wirken eine Gesamtheit demokratischer Staaten voraussetzt. Wenigstens trifft das zu für seine Aufgabe der Verhinderung von Kriegen.

Unter demokratischen Staaten sind solche zu verstehen, die nicht bloß mit demokratischen Verfassungen begabt sind, sondern auch mit einer selbständig denkenden politisch geschulten Volksmasse, die, wenn auch nicht überall von Lohnarbeit, so doch stets von eigener Arbeit lebt.

Zwischen zwei demokratischen Staaten ist heute kein Konflikt denkbar, der so tief ginge, daß sie es nicht vorzögen, ihn der Schlichtung durch einen Bund demokratischer, unbeteiligter Staaten zu überlassen, als die Schrecken eines modernen Krieges auf sich zu nehmen, bei dem es ganz unsicher wäre, wer Sieger sein werde, völlig sicher, aber, daß er die beiden kämpfenden Teile total ruinieren müßte. Für die demokratischen Staaten ist das Schiedsamt des Völkerbundes ein Ausweg, den sie suchen, der ihnen nicht aufzuzwingen ist. Ihnen gegenüber ist die Frage der Zwangsgewalt des Völkerbundes gegenstandslos.

Anders verhält es sich mit despotischen oder halbdespotischen Staaten, die in den Händen von Elementen sind, die nicht aus friedlicher Arbeit, sondern aus Ausübung von Macht und Ausbeutung ihre Existenz ziehen. Das Streben nach Macht und Ausbeutung ist stets maßlos und gewalttätig. Es bringt stets die Gefahr gewalttätiger Konflikte mit sich. Wo ein kriegerischer, despotischer Staat mit einem friedlichen demokratischen zusammenstößt, wird dieser leicht vor die Alternative gestellt, sich der Erpressung des Despoten, der wie ein Gangsterführer handelt, zu unterwerfen oder ihn zu bekriegen. Aber es ist eine alte Regel, daß jede Nachgiebigkeit gegen einen Erpresser diesen nie befriedigt, sondern nur seine Anmaßung und Begehrlichkeit steigert, sodaß schließlich doch ein gewaltsamer Zusammenstoß beider Staaten unvermeidlich wird.

Wie kann in diesem Falle der Völkerbund das Uebel verhüten? Der demokratische Staat wird sich seinem Urteil gerne fügen, er wird darin seine Rettung sehen. Aber der despotische? Er weicht nur höherer Zwangsgewalt.

In diesem Falle bedeutet also das Auftreten des Völkerbundes nicht eine Verhinderung des Krieges, sondern es zwingt den Bund, selbst Zwangsmittel anzuwenden, die schließlich zu einem Kriege führen oder abzudanken.

Dem Völkerbund die nötige Zwangsgewalt zu verleihen, mag sehr notwendig werden, obwohl es nicht leicht sein wird,

eine solche einzurichten. Damit würde jedoch der Krieg nicht aus der Welt geschafft, sondern eine neue Art Krieg hervorgerufen, eine Art Polizeikrieg der Gesamtheit der zivilisierten Staaten gegen manchen Gangsterhauptide, der sich in seinem Staat zur politischen Allmacht emporgeraubert hat.

Aber, obwohl die Verdrängung der Demokratie durch eine Diktatur in einem erheblichen Teil der Welt seit dem Ungewitter von 1914 bis 1918 vor sich gegangen ist, und die Wirksamkeit des Völkerbundes zur Verhinderung von Kriegen dadurch erheblich eingeschränkt wurde, wird er damit doch nicht nutzlos. Er kann wenigstens Kriege zwischen jenen Staaten verhindern, die nicht von einem Despoten

künftighin nur dort eintreten, wo zwei despotische Regierungen, von denen keine an den Völkerbund appelliert, einander bewaffnet entgegentreten.

Allerdings sind auch innerhalb des Völkerbundes Komplikationen möglich. Denn die Sache liegt nicht etwa so, daß die Despoten eine geschlossene Masse bilden, die dem Völkerbund entgegentritt. Ein auf Militärgewalt aufgebauter Despotismus bedroht, wenn er sich stark genug fühlt, jeden seiner Nachbarn. Daher können auch zwei despotische Regierungen miteinander in Konflikt kommen. Wo ein solcher droht, wird derjenige, der sich schwächer fühlt, gern Zuflucht beim Völkerbund suchen. Das hat ihm erst kürzlich Sowjetrußland zugeführt, das wohl der größte der

hervorgegangen, der deutsche dagegen aus einer antiproletarischen, vom Großkapital gegängelten. Schon das bedingt, daß wir beide Despotismen nicht auf gleiche Stufe setzen dürfen.

Die Sozialisten eines jeden Landes müssen den eigenen Despotismus bekämpfen, einerlei, welches sein Ursprung.

Aber im Kriege kommt nicht die Stellung zu einer einzigen Regierung, zu der eigenen, in Betracht, sondern mindestens die zu zweien, der eigenen und der gegnerischen. Mehr als je heißt es da, statt des Grundsatzes von der reaktionären Masse, die unterschiedslos zu bekämpfen sei, den Grundsatz der Bevorzugung des kleineren Übels anzuwenden. Wir mögen der eigenen Regierung auf das erbitterteste entgegenstehen, wird sie aber von einem noch schlimmeren Gewaltregime angegriffen, dessen Sieg verhängnisvoll für die ganze Menschheit wäre, dann kann es notwendig werden, daß wir uns zeitweise, bis der Gegner abgewehrt ist, zu einem Einstellen unserer Opposition verstehen.

So könnten auch Sozialisten, die der Sowjetdiktatur aufs erbitterteste widerstreben, doch sich gedrängt fühlen, auf ihre Seite zu treten, wenn diese von Hitler und vom Mikado gleichzeitig angegriffen würde. Es ist kein Zweifel möglich, die sozialistische Internationale würde in diesem Falle ebenso wie der Völkerbund auf Seite Rußlands treten.

Das so schmerzliche und verderbliche Schauspiel einer Zerreißen der sozialistischen Internationale durch einen Krieg dürfte sich unter den heute gegebenen Bedingungen kaum wiederholen.

3. Die Bekämpfung der Kriegsgefahr.

Die Internationale hat heute die beste Aussicht, bei jedem Kriegausbruch einig zu sein in Bezug auf die Erkennung und Brandmarkung der Kriegsschuldigen und der internationalen Feinde des Aufstieges der Menschheit. Sie kann aber auch völlig einig sein, in Bezug auf die Mittel, die anzuwenden sind bei drohender Kriegsgefahr. Sie kann es aus dem einfachen Grunde, weil sich darüber internationale Vorschriften nicht geben lassen, die für alle Länder in allen Situationen gelten sollen.

In einem demokratischen Lande muß sich eine sozialdemokratische Partei der Mehrheit des Volkes fügen, auch wenn sie mit deren Politik nicht einverstanden ist. Sie darf und muß in solchem Falle die Mehrheit propagandistisch bekämpfen, aber sich mit Gewaltmitteln gegen sie aufzulehnen, widersprüche nicht nur ihren demokratischen Grundsätzen, sondern auch den Erwägungen der Klugheit. Denn um sich gegen eine Regierung und ihren Staatsapparat gewaltsam durchzusetzen zu können, dazu braucht eine proletarische Partei eine noch größere Mehrheit im Volke, als bei einem Appell an den Stimmzettel.

Wie aber in nicht demokratischen Staaten, in denen eine Regierung gewaltsam die Volksmasse niederhält, bei drohendem Krieg eine sozialdemokratische Partei sich zu verhalten hat, die ihm widerstrebt, das hängt von unendlich vielen wechselnden Bedingungen ab. Die Opposition gegen den Krieg kann und muß in den verschiedensten Fällen die verschiedensten Formen annehmen. Ueber diese läßt sich keine Regel von vornherein aufstellen, außer der, daß keine Partei zu einer Leistung über ihre Kraft hinaus verpflichtet werden darf und daß keine mehr erwarten lassen soll, als sie im Ernstfall imstande ist zu tun.

Man darf nie Erwartungen rege machen oder gar Verpflichtungen auf sich nehmen, die man nicht erfüllen kann.

Das muß auch leitender Gedanke der sozialistischen Internationale für jene ihrer Parteien sein, die mit ihren eigenen Regierungen wegen deren Kriegspolitik in Konflikt geraten. Die Art seiner Ausföchtung muß ganz den jeweiligen Umständen überlassen werden. Ueber ein souveränes Mittel, die Entfesselung eines Krieges durch einen nicht demokratischen Staat zu verhindern, verfügen wir nicht.

Das wird heute auch allgemein anerkannt. Das bedeutet aber, daß in den

Deutschland im tiefsten Frieden



regiert werden, und diese umfassen noch immer die Mehrheit der zivilisierten Bevölkerung der Erde.

Und auch dort, wo der Völkerbund einen Krieg nicht verhindern kann, ist er nicht ohne Bedeutung. Viel sicherer und rascher läßt er bei einem ausbrechenden Kriege ohne weiteres erkennen, auf welcher Seite der Angreifer steht, auf welcher der Vergewaltiger eines fremden Volkes, auf welcher das vergewaltigte Volk.

Damit ist gesagt, daß solange der Völkerbund besteht, die Zeit nicht mehr wiederzukehren braucht, in der die Internationale durch einen ausbrechenden Krieg zerrissen wird. Wenn das im Weltkriege geschah, lag die Schuld, wie gezeigt wurde, weder an einer Mangelhaftigkeit der Organisation, noch an einem Überwuchern nationalen über internationales Empfinden in den sozialistischen Reihen, sondern an der Unklarheit über die Kriegsschuld der einzelnen am Kriege beteiligten Regierungen. Eine solche Unklarheit kann

despotisch regierten Staaten unserer Zeit ist. Aber dieser wird gleichzeitig von zwei anderen Militärdespoten bedroht, Japan und Deutschland, die beide zusammen militärisch sehr gefährliche Gegner für Rußland sind, trotz der Hemmungen, die der Versailler Vertrag bisher Deutschland auferlegte. In dieser Situation hielt es die russische Regierung für geraten, nach dem Aufkommen Hitlers dem Völkerbund beizutreten, den sie bis dahin sehr schändlich behandelt hatte.

Wieder wie 1914 kann die Frage auftauchen, wer der schlimmere Feind der Demokratie und damit der Menschheit ist: Der deutsche oder der russische Militärdespotismus? Auch bei den Despotismen unserer Zeit dürfen wir nicht von einer reaktionären Masse sprechen. Bei ihnen gibt es ebenfalls Unterschiede. Keine Regierung, wie absolutistisch sie sich gebärden mag, kann ja den Charakter ihres Ursprunges völlig verleugnen. Der heutige russische Despotismus ist aus einer proletarischen, antikapitalistischen Bewegung

*) Schluß aus Nr. 121.

demokratischen Staaten das Streben nach einseitiger Abrüstung, das eine Zeitlang sehr stark war, völlig aufgehört hat. Gewiß, Abrüstung ist dringend nötig, aber allgemeine Abrüstung. Dagegen wäre es sinnlos, wollten die demokratischen Staaten allein abrüsten, insofern die nichtdemokratischen sich bis an die Zähne wappnen.

Uebrigens auch die allgemeine Abrüstung ist nur mit Vorsicht zu unternehmen. Bei demokratischen Staaten ist das Ausmaß offensichtlich, in dem sie durchgeführt wird, nicht dagegen bei despotischen Staaten. Denen fallen geheime Rüstungen unter Umständen sehr leicht. Eine allgemeine Abrüstung wäre sehr bedenklich, wenn sie nicht gestattete, den Herren Diktatoren scharf auf die Finger zu sehen.

Wie für den Völkerbund so ist auch für die Abrüstung allgemeine Demokratie die unentbehrliche Vorbedingung ihres vollkommenen und weitgehenden Funktionierens. Alles das ergibt augenblicklich schlechte Aussichten für Völkerbund und Völkerfrieden. Beide sind eng geknüpft an die Völkerfreiheit.

Aber trotzdem ist die Sache des Völkerfriedens nicht verloren, ein neuer Weltkrieg nicht unausweichlich. Doch ist der Weltfriede nur dann zu erhalten, wenn alle an ihm interessierten Mächte eng zusammenhalten gegen jeden Friedensstörer. Geschieht dies, dann bilden sie ihm gegenüber eine solche Uebermacht, daß es auf eine Kraftprobe nicht ankommen lassen kann. Das ist die einzige Möglichkeit, dauernd den Frieden zu erhalten.

Eine solche Friedenskoalition herzustellen, das bildet die große Aufgabe jeglicher praktischen Friedenspolitik unserer Zeit. Eine Koalition dieser Art hat nicht bloß alle demokratischen Staaten zu umfassen, sondern neben ihnen auch jene nichtdemokratischen, die, aus welchen Gründen immer, einen Krieg fürchten, ihm aus dem Wege gehen. Die Koalition soll nicht den Völkerbund überflüssig machen, sondern sein Funktionieren sichern durch die überwältigenden Machtmittel, die ihr zu Gebote stehen und über die der Völkerbund nicht verfügt.

Die Herstellung dieser Koalition zur Friedenssicherung stößt heute noch auf ein gewaltiges Hindernis: Die Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit vieler Kreise Amerikas, vor allem der Vereinigten Staaten, für die außeramerikanische Welt.

Die Vereinigten Staaten sind die gewaltigste der Weltmächte geworden. Sie entscheiden über Krieg und Frieden der Welt. Schließen sie sich der Friedenskoalition an, dann ist diese übermächtig und der Friede gesichert.

Aber da man in Amerika die Außenwelt, namentlich die europäische, schlecht kennt, fürchtet man dort, in diesen Hexenkessel einzugreifen. Man fürchtet, sich ohne Not dabei die Finger zu verbrennen. Jedoch trotz aller autarkischen

Experimente und Phantastereien geraten alle Staaten der Erde in immer größere Abhängigkeit voneinander, ökonomisch, politisch, wissenschaftlich und literarisch. Selbst der stärkste der Staaten unserer Zeit, die amerikanische Union, macht keine Ausnahme davon. Und nie tritt diese internationale Abhängigkeit mehr in Erscheinung, als zur Zeit eines Krieges. Schon 1917 sahen sich die Vereinigten Staaten gedrängt, in den Krieg einzutreten. Sie würden erst recht dazu genötigt sein in einem neuen Weltkrieg. Die Friedensstörer sind heute nicht auf Europa beschränkt. Im Fernen Osten ist auch einer zu finden, ein sehr beachtenswerter.

Von Amerika hängt die Zukunft der Welt ab, davon, daß seine leitenden Politiker jede »realpolitische« Kurzsichtigkeit und Weltfremdheit abstreifen und es nicht unter ihrer Würde halten, die den Fernstehenden ja gewiß sehr abstoßenden und oft ganz widersinnigen Verhältnisse unseres von Fieberattacken aller Art geschüttelten Erdteils zu studieren.

Aber auch allgemein wird es immer mehr dringende Pflicht aller Demokraten und Sozialisten, die internationale Politik eifrig zu studieren. Schon 1864 hatte Karl Marx in seiner Inauguraladresse es ausgesprochen, die Arbeiterklasse habe »die Pflicht, sich der Geheimnisse der internationalen Politik« zu bemächtigen.

Das gilt heute nicht nur ebenso wie vor 70 Jahren, es gilt heute mehr als je. Mit internationalen Gefühlen ist es nicht abgetan, sie können sehr in die Irre führen, wenn sie nicht verbunden sind mit internationalem Verständnis, mit der Kenntnis der Welt außerhalb der eigenen Grenzpfähle. Je mehr die Proletarier und die arbeitenden Klassen überhaupt, nicht am wenigsten natürlich jene Intellektuellen, die sich auf ihre Seite stellen, noch andere Staaten neben den eigenen und ihre internationalen Zusammenhänge erkennen und je mehr es ihnen gelingt, auf Grund dieser Erkenntnis, zu einer klaren, einheitlichen, internationalen Politik zu gelangen und je mehr sie es verstehen, in allen demokratischen Ländern, in Amerika ebenso wie in Europa und auch in den anderen Weltteilen, namentlich in den britischen Dominions, dort die Politiker und Regierungen im Sinne dieser internationalen Politik zu beeinflussen, desto mehr wird der Weltfriede gesichert sein.

Manche Sozialisten lieben es, zu behaupten, daß dauernder Weltfriede ebenso wie wirkliche Demokratie ein Traum bleiben müsse, so lange nicht der Kapitalismus durch den Sozialismus verdrängt sei. Das klingt radikal, ist aber in Wirklichkeit recht schwächlich, außer im Munde solcher Phantasten, die glauben, daß morgen schon vollständiger Sozialismus auf der Erde herrschen werde. Es verschiebt jede ernstliche Friedensarbeit in eine weite Ferne.

Denn der Aufbau sozialistischer Produktion ist weder ein einfacher noch ein

rascher Prozeß. Eine diktatorische Regierung kann über Nacht gestürzt und durch ein demokratisches Regime ersetzt werden. Der Aufbau einer neuen Produktionsweise an Stelle der bisherigen, die Jahrhunderte zu ihrer Entwicklung brauchte, ist ein mühseliger, langsamer Prozeß. Das Beispiel Sowjetrußlands spricht nicht dagegen. Was dort aufgebaut wurde, ist die Staatswirtschaft eines orientalischen Despotismus, nicht eine gesellschaftliche Produktion freier Menschen. Eine Produktionsweise letzterer Art müßte in allen maßgebenden Ländern der Erde durchgeführt sein, ehe man den Weltfrieden für gesichert ansehen könnte, wenn die oben erwähnte Auffassung richtig wäre, daß der Weltfrieden den Sozialismus zur Voraussetzung habe. Diese Auffassung bedeutet nicht einen Antrieb, sondern eine Lähmung im Kampfe um die Erhaltung des Friedens.

Zum Glück ist sie ebenso falsch, wie die mit ihr Hand in Hand gehende Auffassung, daß Demokratie, also das Bestehen und die Benützung von Volksfreiheit, nur in einem sozialistischen Regime möglich sei. Wahr ist vielmehr, daß Sozialismus wie Weltfriede die Demokratie zur Voraussetzung haben.

Am Weltfrieden sind mehr Menschen interessiert, als am Sozialismus. Für diesen erwärmen sich bloß die denkenden Lohnarbeiter und ihnen sich anschließende Intellektuelle, Kleinbürger und Bauern. Nach dem Weltfrieden verlangen dagegen heute angstvoll so ziemlich alle Klassen der Gesellschaft, auch die Kapitalisten, soweit sie nicht an Kriegslieferungen interessiert sind. Nicht einmal die Militaristen sind heute alle für den Krieg. Jeder fürchtet den feindlichen Angriff, verlangt dessen Abwehr, aber für einen offenbaren Angriffskrieg begeistern sich außer einer kleinen Schar gewissenloser Geschäftspolitiker und Glücksspieler nur noch Narren und Verbrecher. So entsetzlich sind die Folgen, die jeder größere Krieg nach sich ziehen muß. Er bedroht nicht bloß einzelne Klassen, sondern die Existenz aller Individuen einer im Kriege stehenden Nation ohne Unterschied der Klasse.

Darum würde die allgemeine Verbreitung der Demokratie genügen, den Weltfrieden zu sichern. Es ist nicht richtig, daß die kapitalistische Konkurrenz es ist, die die Kriege erzeugt. Es gab massenhaft Kriege, lange vor der kapitalistischen Produktionsweise, dynastische Kriege und Kriege des Kriegsadels usw. Das industrielle Kapital dagegen war zeitweise dem Kriege entschieden feind. Nicht das Zeitalter der freien Konkurrenz, sondern die Sucht nach Monopolisierung der Märkte und der Rohstoffquellen, die vor etwa einem halben Jahrhundert aufkam, hat dann allerdings manche Kapitalistenschichten kriegerisch gemacht und so neben alten Kriegsursachen neue hervorgerufen, aber dieses Kriegselement ist im Rückzug begriffen. Die Kapitalisten haben

es gelernt, sich international über ihre Monopole zu verständigen. In einem demokratischen Land, wenn seine arbeitenden Klassen geistig und politisch selbständig sind, verfügt keines jener ausbeutenden und abenteuernden Elemente, die an einem Kriege noch ein Interesse haben, über die Macht, einen solchen hervorzurufen. Nur in einem nichtdemokratischen Lande vermögen solche Elemente unter besonderen Umständen die dazu nötige Gewalt aufzuwenden.

Allgemeine Demokratie ist gleichbedeutend mit allgemeinem dauerndem Frieden. Die allgemeine Demokratie sichert den Weltfrieden, sie führt dort, wo ein zahlreiches, intelligentes, selbständig denkendes Proletariat besteht, ebenso sicher zum Sozialismus. Dieser bildet nicht die Voraussetzung des Friedens und der Demokratie. Die Demokratie ist vielmehr die gemeinsame Wurzel, aus der nebeneinander, eng miteinander verbunden, sowohl der dauernde Weltfriede entspringt, wie die dauernde Befreiung und Befriedung der arbeitenden Menschheit, der Sozialismus.

Die musischste Regierung!

Hanns Johst hat wieder Luft. Mit der Heilordelique mußte auch die streichernde Johstolique wieder Oberwasser bekommen. An Stelle Blunks, der sich im Rundfunk bis zum Kotzen breit machte, ist Johst jetzt Präsident der Reichsschrifttumskammer geworden. In seiner Antrittsrede versprach er zunächst Lockerung der organisatorischen Fesseln:

»Ueberorganisation verstimme die Seele, das künstlerische Schaffen werde durch viele Fragebogen zu leicht verletzt. Mit direkter Aussprache könne man manches viel leichter klären, zumal heute innerhalb des verantwortlichen Kreises jeder gleichwertig sei. Niemand habe heute mehr das Recht zur Diffamierung anderer.«

Der letzte Satz geht gegen die Revolte der Jungdilettanten. Alle gleichwertig, das heißt: »Wir sind alle geliebte Kreaturen Göbbels. Uns kann vorläufig keiner!« Wie toll muß die Fragebogen-Inquisition wüten, wenn sie dieser Clique zu bunt wird! — Schließlich bat Johst seine gutdotierten Staatsräte, zu glauben,

»daß es mit unserer Sache gut steht, weil wir als einziges Land der Welt eine musische Regierung haben.«

Hitler, dessen »Werke« noch der Uebersetzung ins Deutsche harren, Göbbels, der ein Romantraktätchen verbrach, das einen unfreiwilligen und in jedem anderen Lande tödlichen Lacherfolg erzielte, Lametta-Hermann mit seinem Kasernenhorizont — das nennt ein brauner Oberbarde die musischste Regierung der Welt! Wie maßvoll, wie harmlos war daneben Wilhelms Hofbyzantiner...

Ernennung: Adolf Hitler ist anlässlich seiner Ostlandreise zum Ehrenbürger der Stadt Königsberg ernannt worden.

Vom »Tingeltangel« zum »Kaiserhof«

(Herr Göbbels schrieb sein geschminktes Erinnerungsbuch und nannte es »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei«. — Hier will ein Eingeweihter Intimes aus dem Kleinkunstleben des Dritten Reiches erzählen.)

In Berlin sind die Kabaretts »Tingeltangel« und »Katakomben« geschlossen und die Hauptmitwirkenden ins Konzentrationslager gesteckt worden. — Eine gewundene und verlogene Erklärung des Propagandaministeriums, die von »literarischen Flüsterkneipen« sprach, hat den wahren Grund der drakonischen Maßnahmen gegen die Spaßmacher nicht angegeben. Jüppchen log von verletzter Sitte und Moral. Aber nicht Sitte und Moral waren dort gefährdet worden, sondern das Gottesgnadentum der Bonzen. Man wird eher begreifen, warum sich diese Regierung, die in keinem Sinne »Spaß« versteht, gegen Scherze wehren mußte, — wenn man einige von ihnen kennt.

Werner Finck — der beim Internationalen Filmball noch offiziell konferierte und mit »Jupp, dem Leichtfüßigen« freundlich lächelnd in allen Journalen prangte, — lernt jetzt die wahre Freundschaft des Propagandaministers im Erziehungslager kennen. Warum?:

Er begann seine heiteren Ansagen allabendlich mit den Worten: »Wir führen unser Programm durch!« Oder jene kombinierte Schausnummer, bestehend aus Ansage und Schnellzeichnung. Der Zeichner Trautschold (jetzt auch im Konzentrationslager)

haut mit breiten Kohlestreichen zwei schöne Rockaufschläge aufs Blatt. Hierauf beginnt Finck: »Dies wird, wie Sie an dem verheißungsvollen Kostümbeginn sehen, ein deutscher Würdenträger. Sehr bekannt und sehr beliebt. Sein Name beginnt mit »G.« — Großes Gelächter. — »Nein, wir meinen den andern!« — Noch größere Lachsalve. — Trautschold stellt sich vor die Staffellei, zeichnet, tritt zurück und sichtbar wird ein Porträt von — Goethe!

Aus der gleichen Darbietung die witzige Verulung des körperlich riesigen (charaktermäßig nicht so großen) gleichgeschalteten Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn. Wird konterfett und angesagt: »Sahn!«. — Dann malt Trautschold eine 1 davor, Finck erklärt lakonisch: »Einsahn«. Derselbe harmlose Witz wird mit der 8 als »Achtahn« wiederholt. Dann erscheinen auf dem weißen Blatt rechts und links vom Stadtoberhaupt schräg erhobene Arme. Werden erklütet mit den Worten »Heil-sahn«, oder auch »Volk-sahn«. (Was gesprochen natürlich ebensogut »folgsam« verstanden werden kann.)

Dann sang Rudolf Platte (der läuft vorläufig noch frei herum) ein Chanson des ungefähren Inhalts:

»Ach, wie schön wärs, eines Tags erwachen Und mal keine Uniformen schn...«

Oder auch:

»Ach, wie schön wärs, eines Tags erwachen Ohne, daß mal einer sammeln käm...«

Und auch:

»Ach, wie schön wärs, eines Tags erwachen Und man baute keine Waffen mehr...«

Der abmildernde Refrain hatte allerdings den Sinn:

»Selbstverständlich nur, wenn auch die andern...«

Wohingegen das »Tingeltangel« mehr simple Späße fabrizierte. Aber die Szene »Im Museum« hatte es auch in sich. Aufgebaut auf dem alten Verwechslungsscherzchen, daß die Besucher glauben, im kulturhistorischen Museum zu sein und sich im — Institut für Tiefseeforschung zu befinden, bekam die Sache plötzlich diesen Dreh: Ein neuer Mann tritt auf und sagt: »Jetzt bin ich der Führer... Nachdem wir diese Abteilungen besichtigt haben, wenden wir uns nunmehr noch viel weiter nach rechts und kommen damit zum Mittelalter!...«

Und für derartige Witzeleien, die in demokratischen Ländern sicherlich von Regierungsmitgliedern freundlich belächelt worden wären, gibts in Hitlerdeutschland strenge Haft und erfolgt die Schließung der Lokale. (Obwohl sich die Zahl der Besucher zwar zu zwei Dritteln aus Halb-, Viertel- oder Nichtariern, aber zu einem Drittel auch aus Leuten mit sichtbar gezeigtem Parteiabzeichen zusammensetzte und alle sich vortrefflich amüsierten.)

Die »Satire«, die man wünscht — und gewünschte Satire ist genau so widersinnig, wie die von Herrn Göbbels erfundenen »spontanen Kundgebungen auf Parteilbefehl« — diese Satire sieht so aus:

Herr Generalministerpräsidentoberjagdmeisterfliegerchef Göring kam zu einer Inspektion nach Köln. Da er dort ein Kabarett besuchen wollte (wie im zu Berlin aufgestellten Tagesplan festgelegt war), wurde für diesen einen Abend ein ihm genehmer Ansager, der ölig-pomadisierte Gustav Ja-

coby mit seinem ewigen brechreiz-erregenden Satz »Ihr lieben goldigen Menschen!« eigens von Düsseldorf nach Köln geholt. Es war im »Kaiserhof« und der klebrig-freudliche Unterhalter brachte »spontane« Scherze. Nach einer völlig witzlosen Conference über politische Witze (am Wesentlichen vorbereitend und vor Selbstlob glänzend) bewies der dicke Speiße Gustav, was er selbst unter politischem Witz verstand und kramte in seiner »politischen Zigarrenkiste« (auch diese Conference-Idee hat Jacoby, wie so viele andere, von einem Nichtarier gestohlen). Dabei kamen so hochaktuelle Witze heraus, wie »Marke Hindenburg« — prima Neudeck-Blatt! (Hahaha, wird der in Walhall gelacht haben.) Oder: Marke Scheidemann, abgeschnittenes Mundstück, strohgefüllt. Oder: Marke Gebbels — klein aber fein! (Gott, wie tscharmant! Und welcher Männerstolz vor Ministerthronen.) — Endlich aber erreichte der heitere Byzantinismus seinen kleinkünstlerischen Höhepunkt. Gustav Jacoby sang das eigens für diesen Abend gelieferte Lied »Vom Hermann«. Der Text lautet etwa (in rheinischem Dialekt):

Ja, so ne Mann, wie unse Hermann,
Wer dä hätt, dä kann wohl laache,
Ja, so ne Mann, wie unse Hermann,
Da ka mer wirklich Staat mit maache!

Von aller üblen Speichelleckerei abgesehen, ist das nun ein doppeltes Plagiat. Einmal ein kümmerlicher Abklatsch von Claire Waldoffs berühmtem Couplet »Hermann heeßt ere, dann aber auch eine gestohlene und verdrehte Verszeile von Kästner. Erich Kästner schrieb 1932:

»Mit diesem Staate ist kein Staat zu

Der Granatengeist

Von Bruno Brandy.

Fand ein Fischer im Meere eine Flasche. Darin saß ein Geist und schrie: »Laß mich heraus! Mach mich frei! Ich mache dich reich, ich mache dich glücklich!« Das ist eine alte Legende, aber in späteren Zeiten, verlaßt euch darauf, da wird sie so ähnlich erzählt werden, wie ich sie jetzt euch erzähle.

Die Flasche war gar keine Flasche, sondern eine große, leere, luftdichte Handgranate, und der Fischer nahm sie nicht mit nach Hause zu seiner Frau, sondern schleppte sie aufs Rathaus. Dort versammelte sich viel Volk um die große Blechgranate, lauschte der Stimme und schüttelte verwundert den Kopf. »Ich bin euer guter Geist«, brüllte er aus der Büchse. »Laßt mich frei, ich mache euch reich und glücklich!« Die Klugen unter dem Volk sprachen: »Schmeiß das Ding wieder ins Meer, es bringt euch Unglück!« Da wurde die gefangene Stimme immer stärker und versprach immer mehr. »Ich mache euch reich! Ich mache euch frei, ich schenke euch eine herrliche, funkelneue tausendjährige Volksgemeinschaft, wie sie noch nie in der Welt geliefert worden ist.« Immer mehr Volk lief zusammen, lauschte den betörenden Versprechungen und verdrehte die Augen. Die Klugen warnten stärker: »Schmeiß den Ungeist ins Meer!« Doch die Stimme in der Blechgranate häufte Verheißungen auf Verheißungen, versprach jedem was er hören wollte. Den Zuhörern trübten die Augen, der betörte Haufen war nicht mehr zu halten, schlug dem Blechbehälter das Dach ein und ein Ungeist fuhr mit Pfeifen und Heulen heraus.

Von da an ging mit dem Volke eine merkwürdige Wandlung vor. Der Ungeist fuhr in aber Tausende Köpfe und was sie sprachen, war ein unerhörtes Blech, wie die Büchse, aus der jener Geist entwich. Sie zogen ihn auf Platten und er dröhnte in die Welt hinaus. Die klugen Warner wurden eingekerkert, verjagt oder erschlagen. »Denkt nicht«, brüllte der Ungeist durch große Hörner ins Volk, »gewöhnt euch das Denken ab. Im Denken steckt die Schwachheit, im Verstand waltet die Dummheit unseres Volkes. Erschlagt die Intelligenzbestien. Gott hat nur dem Führer Verstand gegeben, und der bin ich. Verlaßt euch aufs Blut, aufs Ahnenerbe und aufs Erberinnern. An unserem Wesen soll die Welt genesen, wer uns entgegentritt, den zerschmettern wir.«

So mächtig wurde der Granatengeist, daß niemand mehr einen eigenen Gedanken laut werden ließ. Wer Karriere machen wollte, bemühte sich, so dumm auszusehen wie er nur konnte, gewöhnte sich einen schweren breitbeinigen Schritt und einen richtigen Faustschlag an. Die Robheit triumphierte. Eine entsetzliche Jugend wuchs heran. Verkraachte Literaten predigten ihr: »Wenn ihr das Wort Kultur hört, so entschert den Browning!« Die Intelligenzen mußten viel

Intelligenz aufwenden, um sich ihre Klugheit nicht merken zu lassen. Sie mußten sich dumm stellen, das heißt: durch Intelligenz ersetzen, was einem an Dummheit fehlt. Die anderen Völker ringsum bekreuzigten sich. Sonst taten sie nichts gegen den Ungeist. Ihre Führer machten ihm gelegentlich sogar den Hof.

Was gibts da noch viel zu erzählen? Ein entsetzlicher Blutwahn lagerte sich über den ganzen Erdteil, blutige Katastrophen brachen über die Welt herein, Krieg und Barbarei. Und es ist ein wahres Wunder, daß nicht der ganze Erdteil in die Luft flog. Der Granatengeist kostete den Völkern aber Milliarden und das Lebensglück von Generationen. — Dann erst, in Blut und Jammer, brach er zusammen. Wohin er entschwand — niemand kann es sagen. Eines Tages erwachten die Völker zwischen Trümmern, rieben sich die Augen und fragten sich, wie das alles gekommen. Jahrzehnte gingen darüber hin. Wie viele weiß ich nicht, es kommt in der Geschichte auf ein Jahrzehnt nicht an. Eine neue Menschheit war herangewachsen, die nichts mehr von Krieg und Blutwahn wußte. Es gab ein Pulver, davon eine Handvoll die Welt in die Luft sprengen konnte. Die Technik hatte Krieg und Nationalismus aufgefressen, mehr brauche ich nicht zu sagen. Gelehrte und Forscher rästelten über der Frage, wie damals jener tolle Granatengeist sich hatte bis zum Wahnsinn entfalten können. Man durchforschte in Büchern die ökonomischen, die kulturellen und klimatischen

Bedingtheiten jener Zeit. Man schrieb Doktorarbeiten darüber, doch man kam in der Enträtselung des blutigen Rätsels nicht weiter. Bis man schließlich bei Ausgrabungen eine Serie jener Platten zutage förderte, auf die jener Ungeist einst gezogen worden war. Man ließ sie laufen, man ließ sie tönen, aber man hörte nur Blech, Blech, Blech. Man ließ das durch große Trichter auf eine Menge Volk los, aber das Getöse ging bei jeglichem Gebeln zu einem Ohr herein, zum anderen Ohr heraus. Ohne Wirkung. Ohne irgendwelche wahrnehmbare innere Wallung. Das Volk hörte nur Blech und lachte.

Wieder setzten sich die Forscher hin und rästelten, erklärten in dicken Foliänten, warum bei den neuen ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten die Sprache des Granatengeistes keine Wirkung haben konnte. Aber damals, wie war das damals möglich? Die Forscher alle wußten nur einen Schluß: Es schien, daß in jener traurigen Vergangenheit schwere geistige und seelische Erkrankungen dieses und jenes Volk befallen und dem Granatengeist die Wege geebnet hatten. Warum jedoch die vielen Gesunden vom Granatengeist besiegt worden waren, warum die Minister der Völker, die nicht von ihm befallen wurden, diesem Bluteufel bei Konferenzen die Hand drückten, mit ihm wie mit einem vernunftbegabten Wesen diskutierten, ihm Kredite gewährten, mit ihm Kompromisse und Abkommen schlossen, bis er auch ihnen über den Kopf wuchs — das konnte keiner, keiner erklären.

Feldzug gegen die Bürokraten

Man braucht sie, aber sie haben zu kushen

Während die Nationalsozialisten einen bürokratischen Posten nach dem andern besetzen, während die Anführer ihre Kreaturen auf den Amtsesseln der zur Strecke gebrachten Juden, Katholiken, Bekenntniskirchler, Stahlhelmer und Freimaurer unterbringen, geht der jüngst eröffnete Feldzug gegen die »Bürokraten« munter weiter. Da die Erneuerer Deutschlands und der deutschen Sprache alten Worten mit Vorliebe neue Bedeutungen unterstellen — sie heißen z. B. jeden einen »Bürger«, der keine Uniform sein eigen nennt, sie bezeichnen das Dritte Reich gern als »Demokratie«, sie behaupten, die in Hitlerschen gepflegte Form der Ausbeutung sei »Sozialismus« — so liegt der Verdacht nahe, daß auch der Ausdruck »Bürokrat« braun angestrichen worden ist, ehe er in das nationalsozialistische Schimpfregister einging.

Man durchblättere die deutschen Zeitungen der letzten Wochen! Wo taucht das Wort Bürokrat auf? Ueberall da, wo jemand von Amtes wegen auf der Erfüllung eines — im Augenblick unbehaglichen — Gesetzes bestand, ganz gleich, ob der Jemand nun Rich-

ter oder Standesbeamter, Lehrer oder Steuerexekutor war. Bisher galten die als Bürokraten, die am Buchstaben klebten, jetzt hängt man die Bezeichnung jenen an, die den Sinn eines Gesetzes gewahrt wissen möchten, d. h. jenen, die für ein Mindestmaß rechtlicher Sicherheit eintreten. Unser Verdacht bestätigt sich also: auch dem Worte »Bürokrat« sind alle Knochen im Leibe gebrochen worden.

Wer nicht in Versuchung kommen will, die Gesetze zu wahren, tut am besten daran, sie gar nicht erst kennen zu lernen. Diesem Grundsatz huldigen denn auch die neu ins Amt gerutschten braunen Versorgungskinder: sie wissen nichts und sind stolz darauf. Der älteren Beamtenschaft aber, die von früher her an Präzision und Sauberkeit gewöhnt ist, hat sich eine regelrechte Panikstimmung bemächtigt. Man hört allüberall die Klage, es gehe in den Ämtern alles drunter und drüber, Anordnungen von oben würden durchkreuzt, Akten verliedert, Gesetze verletzt und unangenehme Fälle einfach durch rechtswidrige Gewaltmaßnahmen aus der Welt ge-

schafft. — Doch die andere Seite ist auch unzufrieden. Den Pp. geht der Feldzug gegen die Bürokraten zu langsam, sie können nicht einsehen, warum man die »Gelehrten« überhaupt noch behält, wenn sie doch zu nichts taugen und sich nur unbehaglich machen. Der Reichsjuristenführer Frank sah sich deshalb genötigt, auf der Tagung des Reichsrechtsamtes in Nürnberg eine Entschuldigung zu stammeln, die jetzt von der »Juristischen Wochenschrift« im Wortlaut wiedergegeben wird. Frank sagte:

Bürokraten sind notwendige Uebel, die man von Staatssystem zu Staatssystem mitschleppt. Sie sind andererseits aber auch die hervorragenden Garanten einer sicheren Beherrschung des Staatsmechanismus und daher eine notwendige Ergänzung des Führerprinzips.

»Garanten einer sicheren Beherrschung.« das heißt doch in schlichten Worten, wenn sie wegfielen, die verfluchten Bürokraten, so bräche ein unabsehbares Chaos aus. Man kann sie nicht entbehren — aber man beschimpft und bedroht sie in tausend Reden, Artikeln und Kundgebungen. Warum? Um sie derart in Angst und Schrecken zu versetzen, daß sie jederzeit widerspruchslos auf die Anwendung des Gesetzes verzichten, wenn die ungeschulten, aber farbechten Auchbeamten es von ihnen fordern. So ist's gemeint: die einen sollen alle sachliche Arbeit leisten, die andern sollen bestimmen, wann die Sachlichkeit aufzuhören und der Klamauk zu beginnen hat. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der angewandte Terror seinen Zweck voll erfüllt. Viele richterliche Entscheidungen, viele Verwaltungsakte gerade der jüngsten Zeit lehren, wie gründlich auch der deutsche — einstmals als vorbildlich geltende — Beamte durch Gewaltandrohung zu korrumpieren ist.

Selbsthilfe

Sieben ehemalige Pfadfinder in Leipzig, Jungens im Alter von 15 bis 19 Jahren, sind zu Gefängnisstrafen in der Höhe von zwei bis sechs Monaten verurteilt worden, weil sie ein »Jungvolkheim« in der Nähe von Leipzig zusammengeschlagen haben. Das Rechtgefühl der Jungen ertrug es nicht, daß die Hitlerjugend sich in dem gestohlenen Heim breit machte. Dem »Rechtgefühl« der korrumpierten Richter ist der braune Diebstahl heilig. Aber es ist ein böses Symptom für das System, daß in der Jugend trotz allem Druck Rechtgefühl und Wille zur Selbsthilfe lebendig sind!

Die Wunderkinder

Der Reichsjugendführer hat für das Jungvolk eine »Pimpfenprobe« eingeführt; nur wer sie besteht, kann eine Führerstelle im Jungvolk bekleiden. Was wird von den »Führern« verlangt?

Die Pimpfe müssen eine Übung im Laufen, Weitsprung und Ballweitwerfen ausführen, müssen den Tornister packen können, die Kenntnis der Schwertworte des Jungvolkjugends und des Horst-Wessel- und HJ-Liedes nachweisen.

Wer außerdem noch lesen und schreiben kann, hat Aussicht auf einen Ministerposten.

machen!« Und da dürfte der Original-Autor auch jetzt noch, oder gerade erst jetzt, recht haben. Karl Schnog.

Die Brutalität der Waffenlosen

Eine merkwürdige Zeit: Die Starken werden dauernd von den Schwachen bedroht. Die Starken möchten Frieden, Ruhe und Ordnung halten, aber die Kleinen, die Waffenlosen, die Minderheiten dulden nicht Frieden noch Menschlichkeit. Man erfährt aus der italienischen Note an den Völkerbund, daß Italien zu den Waffen greifen mußte, um sich gegen Abessinien zu schützen. Was niemand gedacht hat, niemand glauben will, in der Note steht: die Leute mit Schilfen und Speeren, die ganze Provinzen abtreten wollten, um den Krieg zu vermeiden, überfallen Tanks, Flugzeuge und Kanonen. Eine pathologische Erkrankung der Waffenlosen liegt vor. Man sieht auch in Deutschland. Täglich erfahren wir, daß die sanftmütige katholische Jugend fortgesetzt die dolchgegrütete Hitlerjugend anfällt. Katholische Priester stürzen sich mit umgekehrtem Kreuz auf friedliche SA-Abteilungen. Ununterbrochen werden die 60 Millionen Deutscher von einer Handvoll Juden provoziert. Die Handvoll muß mit Gummiknüppel und Pogrom in die Schranken gewiesen werden, weil sie zu aggressiv gegen die Massen der Starken wurde! Diese Handvoll Juden sind ja auch, wie Streicher bereits in Versammlungen erklart, am italienisch-abessinischen Kriege schuld. Sie bedrohen die ganze Welt: dreizehn Millionen gegen zwei Milliarden! Die starken Männer möchten die Welt mit

geistigen Mitteln erobern, aber gerade die kleinsten Minderheiten dulden keine friedlichen Mittel. Jetzt kommt auch Litauen hinzu. Wieder provoziert der Zwerg den Goliath und will ihn vernichten. Wir werden demnächst hören, daß die 3½ Millionen den Krieg mit den 60 Millionen provozieren. Da haben sich nun die starken Männer an die Spitze geschwunden, um Schutz gegen die großen Feinde zu bieten — und plötzlich droht ihnen die Gefahr nur noch von den Schwachen, denn die Brutalität der Waffenlosen wächst ins Unbegrenzte.

Vor kurzem wurde in der »Frankfurter Zeitung« die Frage erörtert, ob Jesus ein Kämpfer oder ein pazifistischer Weichling gewesen sei, wobei betont wurde, daß er zwar gekämpft und die Peitsche gebraucht habe, aber nicht gegen den Menschen, denn »er trieb zum Tempel hinaus die Schafe sowohl wie die Ochs«, heißt es bei Johannes. Deshalb die Geißel aus Stricken. Der Artikel schließt:

»Die Tat der Tempelreinigung ist als solche schon ein Beweis für seine männliche kämpferische Art, auch wenn er nicht die Menschen geschlagen hat. Ja, es will scheinen, daß das Bild Jesu nur gewinnen, wenn man dem Bilde die Unbeherrschtheit des Schlägers auf Menschen entfernt.«

Was soll diese Meckerei? Wir verstehen, wenn einigen gleichgeschalteten Blättern ob des ewigen Gedreches in Deutschland die Schamröte in die Wangen steigt. Aber wie sollen sich Hitlers Landsknechte helfen, wenn sie dauernd von den Waffenlosen angefallen werden? Was soll die obige Anspie-

lung auf die Massenauspeisungen in Konzentrationslagern, wenn die Häftlinge so rendent sind? Hat man doch der ausländischen Presse mehrfach versichert, daß keiner, keiner geschlagen wird, sofern er nicht provoziert und Widerstand leistet. Die Tausende, die einzeln gefoltert, gemartert, zu Krüppeln geschlagen wurden — sie haben fortgesetzt Widerstand geleistet. Die Henkersrechte wollen nicht köpfen, aber der Delinquent bedroht sie solange, bis sie zum Beil greifen.

Nie hat Hitler Gewalt und Brutalitäten gepredigt, nie hat er sadistische Bestien wie die von Potempa, per Telegramm beglickwünscht. Nie hat Mussolini den Kampf um Kolonien gewollt, im Gegenteil: vor 25 Jahren ist er öffentlich gegen »blutige Kolonialabenteuer« aufgetreten und hat sich dafür verprügelt lassen. Nie haben die Diktatoren das gesagt, was sie gesagt haben, nie. An allem sind die andern schuld.

Der Schund triumphiert

Braune Reiniger klagen darüber, daß sich in den Leihbibliotheken noch immer die »bunte Schmach« breit mache, das »Skandal- und Sensationsbuch.« Will Vesper entgegen, die Zeitungsromane seien daran schuld, denn der Leser suche im Buch das, was er in der Zeitung gefunden habe; er klagt:

»Es ist in der Tat ungeheuerlich und für unsere Zeit kaum verständlich, was in den Romantellen eines Teils der deutschen Presse nach wie vor an hanebüchenem Kitsch und verlogener Scheinromantik, an faustisch aufgetragenem Detektivgeschichten, an Verniedlichung der uns teuren Symbole unserer Zeit geboten wird! Wie selten ge-

schieht es, daß man in einem kleinen oder mittleren Provinzialblatt einem Zeitungsroman von dichterischen Werten begegnet!

... Aber nur durch einen gemeinsamen Kampf aller kann dieses Eindringen von »Machwerken« (deren Autoren wahrscheinlich blaß vor Zorn sich auf ihre Mitgliedschaft beim RDS berufen würden, prangerte man sie namentlich an), verhindert werden. ... Viel ist vielleicht geholfen, wenn es der Reichsschrifttumskammer gelänge, eine Liste guter und auch durchschnittlicher Zeitungsromane aufzustellen, mit Angabe der Vertriebsstelle und der Preise. ... Denn für die Auswahl des Zeitungsromans ist auf den meisten Schriftleitungen kaum Zeit, geschweige denn eine eigene Kraft vorhanden, man überläßt das Ganze sozusagen dem Zufall.«

Es ist jedoch durchaus kein Zufall, daß die schundigsten Romane in der Nazi-presse zu finden sind, und mancher kritische Beobachter wird sehnsüchtig des anerkannt hohen Niveaus gedenken, das den Romanteller der sozialdemokratischen Presse auszeichnete. Heute ist der Kitsch die einzige Zuflucht vieler deutscher Blätter, denn das ewige Blubo hängt dem Leser längt zum Hals heraus, und alles andere, jedes Kapitel, das Wirklichkeit zu geben sucht, ist gefährlich. Also eine neue Zwangslage her! Arme Redakteure, arme Leser!

Blubo!

Ein deutsches Mädchen, blaubelegt, Von jenem wasserklaren Schein, Aus dem des Lebens Urquell siligt, Bricht in des Nordmanns Pulsschlag ein. (Aus einem Gedicht »Blutruf« in reichsdeutschen Blättern.)

Die Herrschaft der Unternehmer

Das Ende der Illusionen in der Arbeitsfront

Am 31. August wurde in Berlin der Reichsarbeitsrat, am 4. September der Reichswirtschaftsrat in konstituierenden Sitzungen eröffnet. Damit ist der Schlüsselstein auf den Aufbau der öffentlich-rechtlichen Organisation der Wirtschaft und Arbeit im Hitlerstaat gesetzt. Zum vorläufigen Abschluß ist damit auch der Kampf des Unternehmertums um seine soziale Rangordnung gekommen, ein Kampf, der mit großer Zähigkeit, und hinter den Kulissen viel schärfer geführt wurde, als dem Publikum auf der Bühne gezeigt wurde. Die vollständig entmachtete Arbeiterschaft konnte dabei allerdings keine Rolle spielen, den Gegenpart stellten die nationalsozialistische Partei und die Arbeitsfront.

Nach der ursprünglichen Konzeption für das Dritte Reich sollten die Unternehmerorganisationen nicht viel anders behandelt werden als die der Arbeiter, das heißt sie sollten dem Totalitätsanspruch des Staates geopfert und in die nationalsozialistische Bewegung eingeschmolzen werden. In der ersten Zeit des Machtrausches versuchte man das auch, sogar die Zentrale des großmächtigen Reichsverband der Industrie mußte es sich gefallen lassen, mit SA-Gewalt gleichgeschaltet zu werden. Es dauerte aber nicht sehr lange, bis Hitler, auf das sehr energische Verlangen seiner kapitalistischen Mäzene, diese Seite der wilden Aktionen abstoppte: die Wirtschaft dürfe nicht gestört und überhaupt müsse jetzt die nationale Revolution beendet werden. Natürlich beginne nun erst der Umbau auch der Wirtschaft, getreu dem Parteiprogramm, aber das würde das neue Staatsregime legal und mit dem Mittel der Gesetzgebung bewirken.

Nun liegt also der neue Aufbau fertig vor. Betrachtet man sich die schematische Darstellung, die davon gegeben wird, könnte es fast so scheinen, als ob darin dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft eine gleich starke Interessenvertretung gesichert ist. Da steht man nämlich zwei Säulen nebeneinander, von gleicher Größe und gleichartig industriell und regional untergliedert. Die eine Säule stellt die Arbeitsfront dar, die andere die Zusammenfassung der Unternehmer in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Also eine paritätische Sozialordnung? Wenn eine solche Illusion für das Dritte Reich überhaupt möglich wäre, würde sie schnell zerflattern bei einem Blick auf die innere Struktur der beiden Säulen, denn sie sind aus sehr verschiedenem Material.

Die Deutsche Arbeitsfront ist bekanntlich keine Arbeiterfront, keine Organisation von Arbeitnehmern, sondern die Volksgemeinschaft aller Schaffenden. Zwangsweise wie die Arbeiter und Angestellten gehören ihr auch die Unternehmer an, diese sogar doppelt, als Einzelmitglieder und durch korporative Mitgliedschaft der gewerblichen Wirtschaft. Ueber den Sinn dieser Einrichtung gibt es keinen Zweifel. Die Nazis haben zwar das Verschwinden der sozialen Klassengegensätze durch Dekret angeordnet, aber die Tatsachen, die den Klassenkampf erzeugen, werden ja durch solche Proklamationen nicht beeinflusst. Sie bestehen weiter und da seit Hitlers Machtantritt die Lebensverhältnisse der Arbeiter schlechter und die der Unternehmer besser geworden sind, sogar verschärft. Sogar unter den braunen Funktionären der Arbeitsfront sind schon Anwendungen von sozialer Rebellion gegen den Druck durch die Unternehmer zu verzeichnen gewesen. Jede Arbeiterorganisation, gleichviel welcher Zweck ihr vorgeschrieben wird, müßte sich unter den gegebenen Verhältnissen automatisch zu einer sozialen Interessengemeinschaft, zum Instrument des Klassenkampfes entwickeln. Deshalb darf es im Hitlerstaat keine Arbeitnehmerorganisation geben und deshalb ist die Arbeitsfront zur Volksgemeinschaft erklärt worden. Niemals und an keinem Platz dürfen die Arbeiter unter sich allein zusammenkommen, immer ist der Unternehmer mit dem biedereren Lächeln der Volksgemeinschaft dabei und selbst Betriebsversammlungen dürfen sie nicht abhalten ohne ihren Ausbeuter.

Selbst wenn das gleiche auch für die Unternehmer gälte, wäre es eine reaktionäre Teufelei, denn der Arbeiter ist der sozial Schwächere. Aber das Unternehmertum, so begeistert es für die Volksgemeinschaft innerhalb der Arbeitsfront ist, denkt gar nicht daran, auf diesem Altar auch seine eigene Klassenorganisation zu opfern. Vor Hitler hatten die deutschen Unternehmer eine Doppelorganisation, für die wirtschaftlichen Angelegenheiten den Reichsverband der Indu-

strie und für die sozialen die Vereinigung der Arbeitgeberverbände. Gewiß hat man nun die letztere preisgegeben — nachdem sie einfach überflüssig geworden war, seitdem Gewerkschaften und Tarifgemeinschaften aufgehört haben zu existieren. Das Hitlerregime enthebt die Unternehmer der Mühe und dem Risiko, ihren Klassenkampf mit einer organisierten Arbeiterschaft auszukämpfen zu müssen, es kann deshalb seine Kampfmittel hier abziehen und zur Verstärkung an anderen Frontabschnitten einsetzen. Die hohe Politik des kapitalistischen Klassenkampfes wurde von jeher nicht in der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, sondern im Reichsverband der Industrie gemacht und die Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist nichts anderes als ein neuer Name für den alten Reichsverband. Welch eine heuchlerische Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn Hitler in einem bombastischen Erlaß an die Reichstagung der Arbeitsfront deklamierte:

»Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf beseitigt. Die Kampforganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sind verschwunden. An die Stelle des Klassenkampfes ist die Volksgemeinschaft getreten. In der Deutschen Arbeitsfront findet diese Volksgemeinschaft ihren sichtbaren Ausdruck durch den Zusammenschluß aller schaffenden Menschen.«

Vor der Organisation der gewerblichen Wirtschaft hat die volksgemeinschaftliche Phrase Halt machen müssen, es ist eine reine Unternehmerorganisation geblieben, deren Klassenreinheit auch nicht durch die leiseste Andeutung einer Arbeitnehmervertretung getrübt wird. Sie hat sich auch ein Maß von Selbstverwaltung gesichert, das im offenen Widerspruch zu den Ansprüchen des totalen Staates steht. Gewiß hat der Staat sich die Oberhoheit und ein Kontrollrecht vorbehalten, indem aber Hitler diese Funktionen mit Blankovollmacht seinem Wirtschaftsdiktator Schacht übertragen hat, hat er sie in die Selbstverwaltung der kapitalistischen Klassenorganisation zurückgegeben; denn dieser Dr. Schacht ist ja keineswegs ein Nazirepräsentant für die Wirtschaft, sondern ein Repräsentant der kapitalistischen Klassenvertretung im Naziregime.

So ist also von den beiden Säulen die eine ein ganz reines Unternehmertum und die andere sozial gemischte Volksgemeinschaft, womit aber nicht gesagt ist, daß wenigstens hier die Arbeiter ebenso viel zu sagen hätten wie die Unternehmer, und diese so wenig wie die Arbeiter. Die Führer- und Funktionärposten in der Arbeitsfront sind ja satzungsgemäß der nationalsozialistischen Partei vorbehalten, das Recht der Mitglieder beschränkt sich auf die Pflicht der Beitragszahlung. Man hatte sich eingebildet, daß die Unternehmer, als man sie zu Mitgliedern der Arbeitsfront machte, sich an dieser Stelle mit der gleichen Rolle begnügen würden. Das war ein Irrtum. Die Unternehmer forderten den gleichberechtigten Anteil auch an der Führung, die Gleichberechtigung natürlich nicht mit den rechtlosen Arbeitern, sondern mit den Nazibonzen. In der Leipziger Vereinbarung haben sie diesen Anspruch auch durchgesetzt und sich schwarz auf weiß verbrieft lassen:

»In allen Organen und Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront sowohl sachlicher wie gebietlicher Art, sind Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in möglichst gleicher Zahl an der Führung und Beratung zu beteiligen... Bei der Auswahl der Betriebsführer ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nach Möglichkeit solche Betriebsführer beteiligt werden, die gleichzeitig in den fachlichen und bezirklichen Gliederungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft mitwirken.«

Eine bittere Pille für den Ley, diese von Schacht diktierte Vereinbarung, die zu schlucken ihm der Führer befohlen hatte. Damit ist nun jedem seiner Unterführer ein gleichberechtigter Aufpasser aus der Unternehmerorganisation auf die Nase gesetzt worden, nicht irgend ein von der Partei ausgesuchter Betriebsführer, sondern ein Funktionär der Unternehmerorganisation, von dieser ausgesucht, soll es sein. Wo in der ganzen Arbeitsfront gibt es auch nur einen Funktionär, den die Gefolgschaftsmitglieder dazu berufen hätten?

Waren die Nazis mit Blindheit geschlagen, sind sie aus purer Dummheit der gerissenen Unternehmervertretung ins Garn gelaufen? Und wenn sie schon bedenkenlos die Arbeiter an die Unternehmer verrieten, er-

kannten sie nicht wenigstens die politische Gefahr für ihr eigenes Regime, als sie der Unternehmerklasse den Weg frei gaben für die Befestigung ihrer sozialen Machtstellung? Oh, sie waren keineswegs ganz ahnungslos, sie haben sich gegen diese Entwicklung sogar gewehrt und öffentlich Lärm geschlagen, als sie sich ankündigte. Schon im März 1934 wurde im Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft der jetzt verwirklichte Plan bekannt gegeben. In der Partei und in der Arbeitsfront fühlte man sich davon überrumpelt. In höchster Wut schrieb der Völkische Beobachter, daß man sich nur nicht einbilden solle, »daß die gewerbliche Wirtschaft mit diesem Gesetz eine Käseglocke erhalten habe, unter der sie unter Verfolgung alter Traditionen feste weite Interessenpolitik machen könnte. Es handle sich hier noch keineswegs um die endgültige Ordnung, schon aus dem Grunde, weil die Arbeitnehmer in den Hauptgruppen nicht vertreten sind. Im Augenblick käme es aber darauf an, die Wirtschaft ohne große Erschütterungen in den deutschen Sozialismus überzuleiten. Und kategorisch und drohend verkündete das parteiamtliche Hauptorgan:

»Der Träger des nationalsozialistischen Willens in der Wirtschaft ist die Arbeitsfront, in der Unternehmer und Arbeiter zusammengefaßt sind und die unter nationalsozialistischer Führung steht. Es sei deutlich betont, daß die Organisation der Wirtschaft in Hauptgruppen kein Ausschließen der Wirtschaft aus dem von der Arbeitsfront gegebenen Rhythmus des Wachstums des deutschen Sozialismus bedeutet. Die Wirtschaft kann sich dem Nationalsozialismus und der Arbeitsfront gegenüber nicht abkapseln. Die Arbeitsfront ist das Primäre.«

Wie sich die Nationalsozialisten die endgültige Ordnung gedacht hatten, geht aus diesem Erguß ganz deutlich hervor. Die von ihnen restlos beherrschte Arbeitsfront sollte die Herrschaft auch über die Unternehmer bekommen. Wenn diese nun durch das Gesetz eine Anerkennung ihrer separaten Organisation erhielten, so sollte das nur dazu dienen, um sie nachher umso leichter dem Schmelztiegel der Arbeitsfront einverleiben zu können. Aber schon damals, im Frühjahr 1934, fühlte sich die Unternehmerklasse in ihrer Position so sicher, daß sie den Leuten um Ley nicht einmal mehr gestattete, wenigstens so tun zu dürfen, als ob sie das Spiel noch nicht verloren hätten. Schon am nächsten Tage wies der damalige Wirtschaftsminister Schmitt mit schneidendem Hohn das Parteiorgan in seine Schranken zurück und verwahrte sich energisch gegen das Geschwätz vom Primat der Arbeitsfront:

»Die Tätigkeit der jetzt geschaffenen neuen Organisation besteht in der rein sachlichen Führung durch die von mir berufenen Führer. Die Unternehmer sind als Führer der Betriebe durch die neu geschaffene Organisation lediglich der jetzt geschaffenen Wirtschaftsführung unterworfen. Sie unterstehen als Führer der Betriebe also nicht der deutschen Arbeitsfront.«

Das war ebenso deutlich wie arrogant. In verbissener Wut und rachschnaubend steckten es sich die Zurechtgewiesenen ein, immer noch in der Hoffnung, daß es gelingen würde, den Führer aus den Händen der kapitalistischen Clique zu befreien. Unter diese Spekulationen setzte der 30. Juni einen dicken Schlußstrich. Von da an hatte Schacht freie Bahn und dem Ley und seinen Kreaturen wurde nichts geschenkt, vernichtend geschlagen wurde sie, erbarmungslos unterworfen. Statt des Primat der Arbeitsfront über die Gesamtorganisation von Wirtschaft und Arbeit legalisierte die endgültige Ordnung die alleinige Herrschaft der Unternehmer über ihre eigenen Organisationen und die Mitherrschaft über die Arbeitsfront.

Die Aufrechterhaltung einer klassenmäßig abgegrenzten Unternehmerorganisation, ihre Selbständigkeit mit dem Recht der Selbstverwaltung, ihre volle Unabhängigkeit gegenüber Partei und Arbeitsfront, darum ging der nun abgeschlossene zweijährige Kampf der Unternehmerklasse. Mit ihrem Generalisimus Schacht hat sie ihn restlos gewonnen. In der Ansprache, mit der Schacht am 4. September die Reichswirtschaftskammer eröffnete, leuchtet denn auch die Genugtuung über den großen Sieg deutlich genug hervor:

»Die Reichswirtschaftskammer ist eine selbständige Organisation. Es ist selbstverständlich, daß die Eigenheiten der Unternehmungen und die Eigenschaften und Aufgaben, die sich aus der Betriebsführung ergeben, es notwendig ma-

chen, daß diese Unternehmungen in einem Körper vertreten sind, der ihre besonderen Aufgaben behandelt. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist korporatives Mitglied der Arbeitsfront, aber sie regelt ihre Angelegenheiten selbst und der Verkehr der Arbeitsfront mit uns vollzieht sich über die Leistung unserer Organisation... Es bleibt dabei, daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine in sich abgeschlossene, selbständige Organisation ist.«

»Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf abgeschafft« deklamiert der Parvenu Hitler, nachdem er die deutschen Arbeiter für den sozialen Kampf wehrlos gemacht hat. Daß es auch einen Klassenkampf von oben gibt, übersteigt wahrscheinlich sein Begriffsvermögen. C. F.

Banken und Juden im Dritten Reich

»Die Deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst«, das offizielle Wirtschaftsorgan der Nazi-partei beschäftigt sich mit der Frage, ob eine öffentliche Bank an Juden Kredite geben darf. Diese Frage wird grundsätzlich verneint, da die durch die Kreditgewährung ermöglichte Geschäftsentwicklung eines jüdischen Unternehmens sich zum Schaden deutscher Firmen auswirken könnte. Es seien aber auch Fälle denkbar, in denen durch die Kreditverweigerung deutsche Geschäfte geschädigt werden könnten. Es sei also notwendig, in Zweifelsfällen im Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der nationalsozialistischen Partei zu entscheiden, ob Kredit gewährt werden dürfe oder nicht. Auf der anderen Seite findet die genannte Zeitschrift es durchaus zulässig, daß von Juden und jüdischen Firmen Kredit genommen wird. »Es sollte, so heißt es da, auch das in Deutschland befindliche jüdische Kapital der deutschen Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Es besteht also kein Grund, auf Kredite jüdischer Bankhäuser verzichten zu wollen.« Auch den Einwand, daß sich ein deutsches Unternehmen durch die Aufnahme eines Kredits bei einer jüdischen Bankfirma in Kapitalknechtschaft beuge, findet die nationalsozialistische Wirtschaftszeitschrift nicht durchschlagend, da die Bankengesetzgebung dem Kreditnehmer hinreichend schütze.

Von einer Brechung der Zinsknechtschaft oder einer »Entzerrung der Bank- und Börsenführten« ist in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede.

Im Ausland nur zivil

Der »Stellvertreter des Führers« hat mit sofortiger Wirkung allen Mitgliedern der NSDAP sowie den Angehörigen ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände verboten, Paßbilder, die den Inhaber des Ausweises in irgend einer Uniform der Partei oder einer ihrer Unterorganisationen darstellen, für nichtparteiämliche Ausweise, z. B. Reisepläne, zu verwenden.

Ehrenkleider verlieren ab Grenzstation ihre Gültigkeit.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica« alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.50 (3.60), Belgien Fra. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2020. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.